

la gauche

4

EU-Außenhandelspolitik:
Warum sie anders werden muss.





Inhalt



WTO: Zeit für eine Neugründung	4
Zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der europäischen Außenhandelspolitik	8
Europäisches Parlament und internationale Handelsabkommen	13
Fairer Handel und Entwicklung	16
Fairer Welthandel statt 'Global Europe'	21
Die Kosten des schrankenlosen Handels – Sozialdumping und Außenhandelspolitik der Europäischen Union	26
Nachhaltiger Welthandel noch nicht in Aussicht	32
Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika ... und was man von ihnen lernen kann	37
Schutz geistigen Eigentum vs. Zugang zu Medikamenten in Afrika	42
Befreien wir die Landwirtschaft weltweit von der Tyrannei der WTO	47
„Wir brauchen eine neue Art von Imperialismus ...“	52
Rohstoffpolitik und EU-Außenhandel	57

FRANCIS WURTZ

Fraktionsvorsitzender der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament

WTO: Zeit für eine Neugründung



Die WTO steckt in einer tiefen Krise. Einige freuen sich darüber. Andere sind darüber beunruhigt. Viele machen sich Gedanken darüber, durch welche Veränderungen die aufgetretenen Hindernisse überwunden werden können. Das ist eine Gelegenheit zur kritischen Bewertung der Auswirkungen, die die Regeln des globalen Handels auf die großen gesellschaftlichen Fragen, die ökologischen und zivilisatorischen Herausforderungen unserer Zeit haben.

Seit dem Ende des II. Weltkrieges plädierten einige führende Politiker und Experten für die Schaffung einer internationalen Handelsorganisation, die fähig ist, Kooperation, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie eine harmonischere Welt zu befördern. Der britische Ökonom Keynes arbeitete bereits seit mehreren Jahren an dem Projekt einer ‚doppelten‘ internationalen Organisation, einer Handels- und einer Finanzorganisation, die es ermöglichen sollte, sowohl übermäßige Handelsdefizite als auch massive Überschüsse – beides Quellen von Ungleichheit und Konflikten – zu vermeiden.

Die gerade geschaffene UNO wurde mit diesen Vorschlägen angerufen und berief eine Konferenz ein, die im März 1948 mit der Havanna-Charta endete, und zur ‚Internationalen Handelsorganisation‘ führen sollte. Ohne sie zum Modell nehmen zu wollen, erinnern wir uns daran, dass diese Charta Grundsätze verteidigte, deren Aktualität erstaunlich ist. Ausdrücklich verbunden mit der UNO, machte sie sich die Charta der Vereinten Nationen zu Eigen, schuf eine Partnerschaft mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), betonte die Notwendigkeit gerechter sozialer Normen, sah Technologietransfer vor, erkannte das Recht schwacher Ökonomien an, sich zu schützen. Und das i-Tüpfelchen: Sie sah vor, dass jeder Mitgliedstaat sein Stimmrecht verlieren würde, sobald er aufhörte, seinen Mitgliedsbeitrag an die UNO zu zahlen. Sollte die Welt – drei Jahre nach dem Krieg – beginnen, ‚ihre Grundfesten zu verändern‘?

Leider waren inzwischen auch die Geister der „Geschäftswelt“ wieder erwacht, die Kräfteverhältnisse standen den Träumen einer gerechteren Ordnung entgegen. Vom amerikanischen Kongress nicht ratifiziert, trat die Havanna-Charta nicht in Kraft. Die Internationale Handelsorganisation war

eine Totgeburt. Die Vereinigten Staaten hatten es vorgezogen, direkt mit etwa zwanzig Staaten zu verhandeln, die sich dem Freihandel verschrieben hatten. Aus diesen Verhandlungen heraus entstand das GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Wir befinden uns im Jahre 1947. Wie Susan George, die diese Fragen vielfach untersucht hat, betont, hatte „der Kalte Krieg begonnen, der das Interesse und die Dringlichkeit einer internationalen Handelsorganisation in den Augen der amerikanischen Politiker und Amtsträger relativierte“.

Annähernd ein halbes Jahrhundert lang folgte eine GATT-Verhandlungsrunde auf die andere. Die ersten beschäftigten sich mit dem Abbau von Zöllen. Folgende mit ‚nichttarifären Hindernissen‘ für den Warenaustausch. Die ‚Uruguay-Runde‘ (1986–1994) schließlich stellte den Übergang der liberalen Globalisierung in eine entscheidende Phase dar: Die Regeln des unbeschränkten Handelsverkehrs sollten von nun an nicht nur für Waren angewandt werden, sondern auch für so sensible Bereiche wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, das Recht am geistigen Eigentum, Investitionen ... Um eine derartige – wirtschaftliche, politische, kulturelle – Umwälzung erfolgreich durchführen zu können, konnten einfache Abkommen des Typs GATT nicht mehr ausreichen. Die WTO wurde geschaffen.





Im Kontext des geopolitischen Erdbebens dieser Epoche wurde diese neue ‚multilaterale‘ Institution zum Schlüsselinstrument der ‚neuen Weltordnung‘. Einige sprachen gar von einer ‚UNO des Handels‘. Gilt nicht auch dort ‚ein Mitgliedstaat, eine Stimme‘? Ermöglicht sie nicht mittels ihres Streitbeilegungsorgans, Recht besser durchzusetzen, sozusagen als Friedensgericht für Handelskonflikte? War nicht der Geist der Regulierung, der den Europäern lieb und teuer ist, dabei, die dominante Tendenz der Vereinigten Staaten hinwegzuschwemmen? Dieser Mythos hat sich nicht lange gehalten.

Kaum fünf Jahre nach ihrem Inkrafttreten erlebte die junge Organisation den widerhallenden ‚bugg‘ von Seattle (November 1999). Dieser präzedenzlose Ausbruch zivilen Engagements – ich hatte das Glück, ihn direkt zu erleben – markierte den Beginn der Krise der WTO. Seine Losung „Die Welt ist keine Ware!“ wurde auf allen fünf Kontinenten aufgegriffen. So sehr erfasste er – und erfasst noch immer – den Bruch zwischen den Völkern und dieser Art der Welt‘regierung‘: die soziale Entwicklung, die öffentlichen Güter, die Solidarität, die Ökologie, die Demokratie sind mit der allgemeinen ‚Vermarktung‘ nicht vereinbar.

Gleichzeitig mit der wachsenden Einbeziehung der Zivilgesellschaften in die globalen Kämpfe wurde der erwachende Widerstand der Länder des Südens zum zweiten Problem der WTO. Er hat sich in Seattle manifestiert und spitzt sich seitdem nur noch weiter zu. De facto sind die armen Länder in der Organisation marginalisiert. Man denke daran, dass etwa dreißig von ihnen nicht einmal in der Lage sind, eine ständige Vertretung am Sitz der WTO in Genf zu unterhalten. Die Konfliktregelungsmechanismen sind ihnen in Anbetracht der exorbitanten Kosten praktisch nicht zugänglich.

Der Bericht des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) über die menschliche Entwicklung von 2005 unterstreicht in einem Abschnitt über das Mandat in den Verhandlungen zwischen der EU und den ‚strategischen Partnern‘ der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik): „Die EU hat diese Verpflichtungen (die Regeln der WTO) ins Zentrum ihres Verhandlungsmandats gerückt (...) Es sind keine spezifischen Bestimmungen für die AKP-Staaten vorgesehen, um abrupte Importanstiege zu begrenzen. Zusammengenommen hat dieses Mandat das Potenzial, ungleichgewichtige und für die menschliche Entwicklung ungünstige Ergebnisse herbeizuführen.“ In der Regel hat die Erfahrung in den Ländern der südlichen Hemisphäre deutlich gezeigt, dass Handelsliberalisierung nicht automatisch zur Entwicklung beiträgt, sondern meistens zum Verlust unentbehrlicher Steuereinnahmen, zur Plünderung natürlicher Ressourcen und zu Souveränitätsverlust führt.

Es ging um den Versuch, diese neue Front zu neutralisieren, als die größten Handelsmächte die folgende Ministerkonferenz in Doha (November 2001) als Beginn einer ‚Entwicklungsrunde‘ präsentierten. Dieser Betrug mündete in einen weiteren donnernden Misserfolg der WTO im September 2003 in Cancun, Mexiko, wo die Länder des Südens das von den Vereinigten Staaten und der EU vorgeschlagene Landwirtschaftsabkommen ablehnten und sich weigerten, über Dienstleistungen oder Investitionen zu verhandeln. Diese Sackgasse besteht seit vier Jahren.

Den einzigen Ausweg, den einige europäische oder amerikanische Akteure für diese Verhandlungen sehen, wäre ein neuer Kompromiss zwischen den alten Handelsmächten und den Schwellenländern. Auch damit wäre nicht erreicht, dass die WTO ihre verlorene Legitimität und Autorität wiedergewönne. Schon wegen der Undurchsichtigkeit dieser Verhandlungen. Und schließlich kann man über solche Kompromisse zwischen Mächtigen – beeinflusst von den Forderungen der großen multinationalen Unternehmen – nicht behaupten, sie repräsentierten das allgemeine Interesse der Menschheit. Die Zeit ist reif für eine Neugründung der Welthandelsorganisation.

Zur Notwendigkeit einer Neuorientierung der europäischen Außenhandelspolitik



PAUL-EMILE DUPRET

Fraktionsmitarbeiter der GUE/NGL

Die europäische Handelspolitik war bis heute eine große Erfolgsgeschichte, wenn man sie an den kurzfristigen Interessen der Exporteure und Investoren misst – oder ein großartiges Versagen, beurteilt man sie im Bezug auf fairen Handel, Entwicklung und Industrialisierung, hinsichtlich des Schutzes und der Förderung von Beschäftigung, der Bekämpfung von Ungleichheit, des Umweltschutzes, der Erhaltung und Förderung kultureller Vielfalt, kurz, wenn man den Grad der Kohärenz der verschiedenen europäischen Politiken und die Interessen der großen Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger als Maßlatte nimmt.



Die Wirtschaftsliberalisierungspolitiken, die Deindustrialisierungen und Standortverlagerungen, der Import von gefährlichen Produkten – sogar gefährlichem Kinderspielzeug – oder von Produkten, die ohne Beachtung von Umwelt- und sozialen Rechten hergestellt werden, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – sie dienen nicht der großen Mehrheit der EU-Bürger, in deren Namen diese Politiken gemacht werden.

Die Bürger Europas sind nicht dafür zur Wahl gegangen, dass in ihrem Namen Politik gemacht wird, deren Ziel es ist, den europäischen multinationalen Konzernen die Erschließung oder Kolonialisierung der Märkte in den Länder in der südlichen Hemisphäre oder des Ostens zu ermöglichen, diese Länder mit unseren subventionierten Produkten zu überschwemmen, lokale Märkte und Produktionsmöglichkeiten zu zerstören, ihnen unsere medizinischen Produkte zu verkaufen und sie gleichzeitig daran zu hindern, diese selbst zu einem geringeren Preis zu produzieren, um die großen Epidemien zu bekämpfen, von denen sie betroffen sind. Unsere Bürger haben nie beschlossen, dass unser Haupthandelspartner die Vereinigten Staaten sind, mit denen die christ- und sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament sogar einen gemeinsamen Markt anstrebt. Ein Land, das in der WTO unablässig die Umweltschutz- und Gesundheitspolitik der EU attackiert, das nicht einmal das heute schon als unzureichend erscheinende Kyoto-Protokoll unterschrieben hat und das darüber hinaus für ernsthafte Menschenrechtsverletzungen und den Bruch des Weltfriedens verantwortlich ist. Nicht dieses Land sollte mit Vorzug behandelt werden. Im Gegenteil, die EU sollte vor allem das Bündnis mit solchen Ländern suchen, armen wie reichen, die sich bemühen, hinsichtlich der Gestaltung der Welt verantwortliche Politik zu machen, die internationales Recht und die großen internationalen Konventionen über Umwelt, kulturelle Vielfalt, soziale Rechte und Menschenrechte respektieren.

Heute sehen sich die Länder des Südens und des Osten mit einer Reihe von Mechanismen und Institutionen konfrontiert – eingerichtet hauptsächlich auf Initiative der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union –, die sich über Jahre hinweg etabliert haben und die regelrecht eine Zwangsjacke bilden, die sie hindert, ihre Reichtümer zu kontrollieren und verantwortliche Sozial- und Umweltpolitik zu betreiben – gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung und der Welt im allgemeinen.

In erster Linie ist da selbstverständlich die WTO, in der eine Logik vorherrscht, bei der nicht Verantwortung für fairen Welthandel, Respekt für die Beschlüsse anderer Institutionen und die Anwendung internationaler Normen Vorrang hat – wie man es seitens einer Institution wie der WTO erwarten würde –, sondern im Gegenteil der Grundsatz, dass Handel allem anderen voransteht. In der WTO gibt es keine Überlegungen zu fairem Handel oder die nachhaltige Gestaltung des Planeten. Dort herrschen Verhandlungsmethoden vor wie im kapitalistischen Privatsektor – eine Hand wäscht die andere –, die in der Konsequenz dazu führen, dass diejenigen Länder, die mehr Exportgüter produzieren können, in den Verhandlungen mehr Gewicht und Macht haben als diejenigen, die nur schwache Handelskapazitäten besitzen.

Die WTO ist 1994 geschaffen worden, um das nach dem Krieg entstandene GATT zu ersetzen. Ihr Handlungsbereich ist weit größer als der des GATT, da sie auch Bereiche wie die Landwirtschaft, Dienstleistungen und geistiges Eigentum abdeckt, die damit unter ihre Handelslogik fallen. Seit 1996 haben die Industrieländer versucht, das Feld noch zu erweitern und die Bereiche Investitionen, öffentliches Auftragswesen, Wettbewerbsregeln und Handelserleichterungen hinzuzufügen. Auf der Ministerkonferenz in Singapur weigerten sich die Entwicklungsländer jedoch, diese Themen in den Zuständigkeitsbereich der WTO zu übertragen. Im Jahre 1999 haben die Industrieländer eine neue Liberalisierungsrunde angestoßen, für die ein Geschäftsmann zynischerweise den Namen ‚Entwicklungsrunde‘ vorschlug. Ein Begriff, der seitdem auch benutzt wird, während aber deutlich ist, dass es sich um nichts anderes als eine weitere Liberalisierungsrunde über zusätzliche wirtschaftliche Bereiche handelt. Im Herbst 2007 ist diese Runde, der sich scharfer Widerspruch der Entwicklungsländer und fortschrittlicher Kräfte entgegenstellt – sie fordern gerechte Regeln, statt noch mehr Liberalisierung –, noch immer nicht abgeschlossen. Die Industrieländer, anstatt sich den großen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Entwicklungsproblematik zu stellen, versuchen, ein paar zaghafte Einschränkungen des Missbrauchs von Agrarexportsubventionierung in den USA und der EU gegen die Öffnung der Dienstleistungsmärkte der Länder des Südens und erweiterten Marktzugang für ihre Industrieprodukte in den Entwicklungsländern einzutauschen.



Parallel dazu und ohne den Ausgang der Verhandlungen der Doha-Runde abzuwarten, hat der EU-Handelskommissar Peter Mandelson bilaterale Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen mit einer Reihe von Ländern und Regionen aufgenommen. Anders als beim europäischen Aufbauwerk sind hierbei keinerlei Ausgleichszahlungen für schwächere Partner vorgesehen. Verhandlungen gibt es mit Korea, anderen asiatischen Staaten (ASEAN), mit Indien, den Anden-Staaten und den Ländern Zentralamerikas sowie mit den so genannten AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik). Letzteren werden unter dem wundervollen Titel ‚Wirtschaftspartnerschaftsabkommen‘ (WPA) in der Realität Freihandelszonen mit dem mächtigen europäischen Wirtschaftsblock vorgeschlagen oder sogar aufgedrängt, was eher einer wirtschaftlichen Annexion ähnelt.

Dieser Druck, die Märkte für transnationale Unternehmen gemäß dem ‚Washington Consensus‘ zu öffnen, wird gleichzeitig auch durch die Konditionalitäten ausgeübt, die von den internationalen Finanzinstitutionen wie der IWF, die Weltbank, IDB oder der Europäischen Investitionsbank auferlegt werden. Notfalls wird diese Politik auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt, wie man es am Beispiel Irak oder Kolumbien sehen kann und wie man es im Libanon sehen konnte.

Die Entscheidungsträger in der Europäischen Union propagieren fortwährend eine durch den Washington Consensus inspirierte internationale Handelspolitik der Privatisierung, Marktöffnung und Deregulierung. Und das, obwohl sich immer größere Opposition gegen diese Politik regt: seitens der EU-Bürger, der meisten Wirtschaftsexperten – selbst jenen, die sie vorher verteidigt haben –, seitens der sozialen Bewegungen und Regierungen der Länder des Südens, insbesondere Südamerikas.

In der Tat ist dieser Widerstand in Südamerika am weitesten fortgeschritten. Die sozialen Bewegungen stellen sich regelmäßig den multinationalen Unternehmen entgegen, insbesondere den europäischen, die die natürlichen Reichtümer plündern und in Räuber-Manier in die lokale Wirtschaft drängen. Diese Unternehmen haben die Schuldenkrise jener Länder Anfang der 90er Jahre ausgenutzt, um unter der Anführerschaft Spaniens eine wahre ‚Rückeroberung‘ Lateinamerikas zu betreiben. Heute lehnen sich die sozialen Bewegungen gegen diese Multis auf und fordern von ihren Regierungen, diese des Landes zu verweisen, wie es bei mehreren von ihnen schon geschehen ist – besonders im Bereich der Wasser- und Energieversorgung – oder sie wenigstens zu verpflichten, Regeln zu folgen, die ihrem Treiben Grenzen setzen.

Die Herausbildung progressiver Regierungen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern (Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Brasilien, Argentinien ...) ermöglicht es, internationale Wirtschaftsbeziehungen mit der Ausrichtung auf eine Entkolonialisierung zu befördern. Diese Länder beginnen, die internationalen Finanzorganisationen abzulehnen, befürworten die Bildung einer Bank des Südens, äußern ihre Kritik innerhalb der WTO, lehnen Krieg als Mittel zur Durchsetzung ökonomischer Interessen ab. Sie bauen untereinander neue Formen der Kooperation auf, die nicht allein von Konkurrenzdenken geleitet sind, sondern vom Prinzip der Solidarität und Komplementarität, indem sie gleichzeitig die Souveränität eines jeden Staates soweit als möglich bewahren. Ebenso bemühen sie sich um neue Formen des Handels mit anderen Ländern, die nicht auf der Basis kolonialer oder sonst wie herrschaftlicher Verhältnisse funktionieren – insbesondere in modernen Sektoren und mit europäischen Staaten. Beispiele wären die Kooperation Venezuelas mit der Stadt London oder in Zukunft auch mit der Region Berlin-Brandenburg.

Indem wir solche nichtkolonialen und respektvollen Handelsbeziehungen aufbauen, statt eine zügellose Politik der Markteroberung zu betreiben, werden wir immer mehr Regierungen überzeugen können, bei ihrer Politik die Umwelt, soziale Rechte und kulturelle Vielfalt zu respektieren. Genau deshalb ist es so wichtig, dass die politische Linke und die sozialen Bewegungen die Entscheidungsträger drängen, die Handelspolitik der Europäischen Union radikal zu verändern.

DR. SYLVIA-YVONNE KAUFMANN
Europaabgeordnete DIE LINKE

Europäisches Parlament und internationale Handelsabkommen

Nach den letzten Entwürfen der derzeit laufenden Regierungskonferenz soll dem Europäischen Parlament in der gemeinsamen Handelspolitik eine noch nie da gewesene Rolle als demokratisches Kontrollorgan zugewiesen werden. Damit steigen auch die Herausforderungen an die europäischen politischen Parteien und die politischen Parteien in den einzelnen Mitgliedstaaten, um der gestiegenen parlamentarischen Verantwortung gerecht werden zu können. Dies betrifft insbesondere den Bereich der internationalen Handelsabkommen, wo dem Europäischen Parlament zukünftig ein Vetorecht zugesprochen werden soll – ein scharfes Schwert gegen die bisherige Allmacht der Exekutive, wenn man es zu gebrauchen versteht.



Während seit Jahren intensiv darüber gestritten wird, wie viele außenpolitische Kompetenzen der EU-Mitgliedstaaten auf die europäische Ebene verlagert werden oder ob diese doch eher in nationaler Hand liegen sollten, ist diese Frage in Bezug auf die gemeinsame Handelspolitik bereits seit Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1957 entschieden: Die Regelung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern ist ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft. Sie erstreckt sich auf den gesamte Warenhandel und den gesamten Handel mit Dienstleistungen, soweit diese nicht mit grenzüberschreitenden Personenbewegungen verbunden sind. Und sie ist hierbei auch nicht etwa nur auf bloße Aus- und Einfuhrregelungen wie zum Beispiel die Festlegung von Zollsätzen beschränkt, sondern umfasst auch die Regelung sonstiger Materien, die mit dem Waren- und Dienstleistungshandel untrennbar verbunden sind, zum Beispiel die Handelsaspekte des geistigen Eigentums.

So weit die Außenhandelskompetenzen der Europäischen Gemeinschaft reichen, ist ein eigenständiges Tätigwerden ihrer Mitgliedstaaten per se ausgeschlossen. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass bei Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 die EU-Mitgliedstaaten darauf drängten, einen Passus in den WTO-Vertrag aufzunehmen, wonach nicht nur sie selbst, sondern auch die Europäische Gemeinschaft als solche Mitglied der Welthandelsorganisation wurde.



Zu den Hauptinstrumenten der Handelspolitik zählen vor allem die Handelsabkommen, internationale Übereinkünfte mit einem oder mehreren Drittstaaten oder mit anderen internationalen Organisationen. Bisher sind allein die EU-Kommission und der Ministerrat für Handelsabkommen verantwortlich: die Kommission muss zunächst dem Rat einen Entwurf von Verhandlungsrichtlinien vorlegen. Wenn der Rat die Verhandlungsrichtlinie angenommen hat, dann dient diese der Kommission als Grundlage für die Verhandlungen. Während der Verhandlungen muss sie eng mit einem vom Rat bestellten Ausschuss, dem sogenannten „Artikel 133-Ausschuss“, der als Bindeglied zwischen Rat und Kommission fungiert, zusammenarbeiten. Dieser Ausschuss hat damit erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung eines Abkommens. Für den Beschluss über den Abschluss des Abkommens schließlich ist wieder allein der Rat zuständig. Die Kommission selbst darf also nur die Vertragsverhandlungen führen und muss das Verhandlungsergebnis dann an den Rat weiterleiten.

Die parlamentarischen Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle im gesamten Prozess des Zustandekommens von Handelsabkommen ist außerordentlich gering. Außen vor bleiben nicht nur die nationalen Parlamente. Auch das Europäische Parlament hat nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Es wird lediglich mehr oder weniger regelmäßig über handelspolitische Fragen informiert und zu den wichtigsten Fragen angehört. Und es kann hierbei

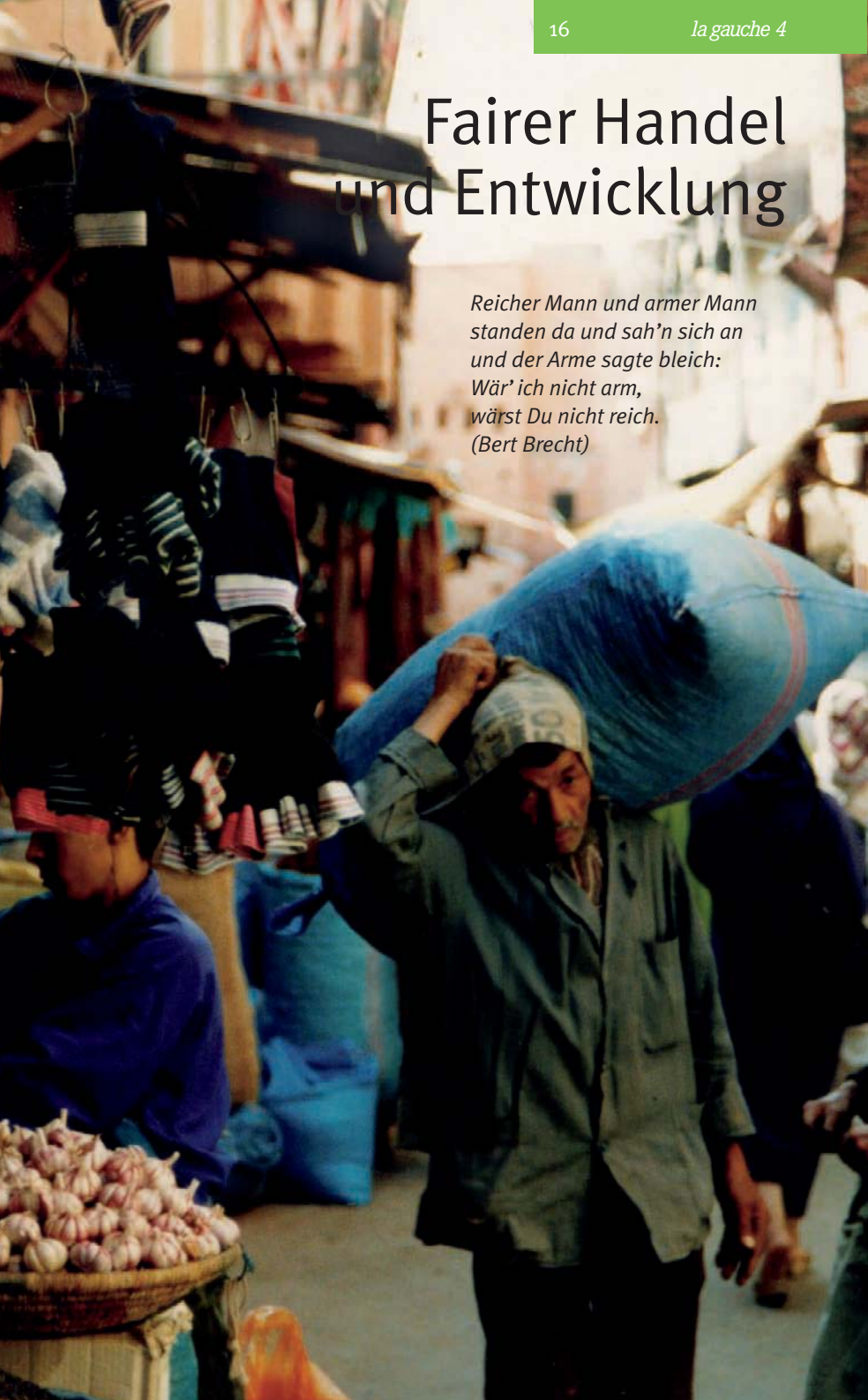
Stellungnahmen verfassen und gegenüber dem Rat und der Kommission engagiert seine Forderungen vorbringen. Formelle Befugnisse jedoch hat es bis heute nicht. Selbst die Anhörungen sind fakultativ.

Dieses eklatante Demokratiedefizit in einem zentralen Bereich europäischer Politik könnte allerdings alsbald der Vergangenheit angehören. Es waren die nationalen und europäischen Abgeordneten im Verfassungskonvent, die die Idee einer Parlamentarisierung der europäischen Handelspolitik für den Verfassungsvertrag durchsetzten. Auf dem EU-Gipfel im Juni 2007 wurde von den Staats- und Regierungschefs beschlossen, diese Neuregelung in den nun auszuhandelnden Reformvertrag zu übernehmen. Alle Versuche, die europäische Handelspolitik dagegen im Status quo einzufrieren, konnten bisher abgewehrt werden. Wenn also der anvisierte Reformvertrag wie geplant bei den nächsten Europawahlen im Juni 2009 bereits in Kraft getreten ist, wird das Europäische Parlament einer neuen Dimension handelspolitischer Verantwortung gegenüber stehen. Jedes Handelsabkommen wird dann seiner Zustimmung bedürfen. Das Europäische Parlament wird damit über ein Vetorecht hinsichtlich des Vertragsabschlusses verfügen, das ihm bereits bei Aushandlung solcher Verträge völlig neue politische Spielräume eröffnet. Das Europäische Parlament hätte damit beim Abschluss von Handelsabkommen eine Stellung die derjenigen vergleichbar ist, die der Bundestag beim Abschluss von internationalen Verträgen durch die Bundesrepublik hat. Die im Europäischen Parlament vertretenen linken Parteien sind also gefordert, ihre politische Handlungsfähigkeit auf diesem Gebiet deutlich zu stärken.



Fairer Handel und Entwicklung

*Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an
und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm,
wärst Du nicht reich.
(Bert Brecht)*



*FELEKNAS UCA**Europaabgeordnete DIE LINKE*

Der Norden konsumiert, was der Süden produziert: Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Reis, Bananen und viele andere Produkte aus Afrika, Asien oder Lateinamerika, die wie selbstverständlich zu unserem alltäglichen Verbrauch gehören. Sie werden sehr billig angeboten und das hat seinen Preis: Millionen Menschen arbeiten dafür unter menschenunwürdigen Bedingungen. Zudem sind wegen der niedrigen Weltmarktpreise, die oftmals nicht einmal die Produktionskosten decken, zunehmend unzählige Kleinbauern- und Arbeiterfamilien in ihrer Existenz bedroht.



Anders verhält es sich in Industrieländern wie den europäischen Mitgliedstaaten: Hier schützt sich die EU durch hohe Zölle vor ausländischer Billigkonkurrenz und subventioniert die heimischen Produkte. Die europäischen SteuerzahlerInnen finanzieren eine undurchsichtige europäische Agrarpolitik, welche vollkommen überholt ist. Statt bei den Agrarsubventionen auf umweltverträgliche Produktion, den Abbau von Massentierhaltung und das Bewahren sozial verträglicher ländlicher Strukturen zu setzen, fließen die Milliarden in die Taschen von Großbetrieben mit Massenproduktion.

Diese subventionierten Produkte können billiger angeboten werden als importierte Waren und forcieren den Dumpingeffekt zu Lasten der Länder des Südens.

Die Armen in Entwicklungsländern sind die Verlierer einer Welthandelspolitik, die auf Liberalisierung setzt, ohne die individuellen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu berücksichtigen. Eine emanzipatorische, sozial verträgliche Wirtschaftspolitik erfordert jedoch Flexibilität gegenüber den lokalen Gegebenheiten und die Partizipation der Bevölkerung bei ökonomischen und sozialen Veränderungsprozessen.

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (European Partnership Agreements, kurz: EPAs), welche zurzeit mit den AKP-Ländern (Afrika-Karibik-Pazifik) ausgehandelt werden, sehen eine weitgehende Marktöffnung und Zollsenkungen vor. Dies betrifft vor allem Bereiche wie öffentliche Beschaffung, Investitionsschutz und Wettbewerb. Doch bereits jetzt können viele ProduzentInnen nicht mehr mit den hochsubventionierten Billigprodukten aus der EU auf ihren heimischen Märkten konkurrieren. Wir lehnen es daher ab, dass diese Wirtschaftspartnerschaftsabkommen den Entwicklungsländern aufgezungen werden.



Ein gerechter Welthandel ist eine zentrale Bedingung für nachhaltige Entwicklung.

Fairer Handel stellt ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung dar, denn faire Preise garantieren Existenzsicherung und menschenwürdiges Arbeiten.

Was in den 60er Jahren auf Initiative von Nichtregierungsorganisationen begann, hat sich mittlerweile als wachsende Größe auf dem europäischen Markt etabliert. Es ist dem beispiellosen Engagement einer Vielzahl kirchlicher, sozialer und ökologischer Initiativen zu verdanken, dass die VerbraucherInnen heutzutage die Möglichkeit haben, verantwortungsbewusst zu konsumieren. Dank dem sozialen Bewusstsein vieler Menschen in Europa verzeichnet der faire Handel seit einigen Jahren Wachstumsraten von rund zwanzig Prozent jährlich.

Durch die steigende Nachfrage und das Interesse der europäischen VerbraucherInnen haben fair gehandelte Produkte auch längst Einzug in die Regale von Supermärkten gefunden, wo sie sich durch die Auszeichnung mit dem „Fair Trade – Transfair“ Label deutlich erkennen lassen.

Durch den Konsum fair gehandelter Produkte können sich VerbraucherInnen in Europa solidarisch mit den Bedürfnissen der Menschen in den Entwicklungsländern zeigen und gleichzeitig bewusst gegen die opportunistische Handelspolitik der EU agieren, welche die Ziele einer nachhaltigen, sozialen Entwicklungspolitik konterkariert. Da auch die europäische Entwicklungspolitik dringender Reformen bedarf, sind innovative und effiziente Formen wie der Faire Handel umso wichtiger.

Faire Chancen statt Almosen – Fairer Handel setzt richtige Zeichen in der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Herausforderung für die europäische Entwicklungspolitik liegt vor allem in der Koordinierung der Geber und einer kohärenteren Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeiten der Mitgliedstaaten sowie der gemeinsamen Entwicklungspolitik auf EU-Ebene.

Entscheidend ist die Frage, WIE den armen Ländern langfristig geholfen werden kann. Studien zeigen regelmäßig, dass nicht die Höhe der Ausgaben für Entwicklungshilfe entscheidend ist, sondern vielmehr ihre Verwendung vor Ort. Solange nicht auch die Bedingungen der so genannten guten Regierungsführung („good governance“) im Empfängerland eingehalten werden, ist die Kontrolle über die Verwendung der Gelder nicht gewährleistet. Korrupte Regime, das Fehlen demokratischer Strukturen, Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung von spezifischen Gruppen der Bevölkerung stehen einer langfristig positiven Entwicklung für die ärmsten Menschen in diesen Ländern im Wege. Der Faire Handel bietet auch hier effiziente Möglichkeiten, die Situation der von Armut am stärksten betroffenen Menschen zu bekämpfen und deren ökonomische und soziale Lage zu verbessern. Er fördert die Gleichheit der Geschlechter und schließt Kinderarbeit aus. Frauen erhalten für ihre Arbeit den gleichen Lohn wie Männer.

Die Definition Fairen Handels der vier internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels (FLO, IFAT, NEWS! Und EFTA) lautet:

„... eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte ProduzentInnen und ArbeiterInnen – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.

Fair Handels-Organisationen engagieren sich – gemeinsam mit VerbraucherInnen – für die Unterstützung der ProduzentInnen, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“

Diese Form der Handelspartnerschaft bietet den Menschen in den Entwicklungsländern einen realen Ausweg aus der Armutsfalle. Sie werden dazu ermutigt, ihr Leben aktiv zu gestalten und dafür respektvoll und gerecht entlohnt zu werden. Entwicklungszusammenarbeit läuft oft Gefahr, als moralisch anmaßendes Verhalten der Länder des Nordens aufgefasst zu werden und kann im schlimmsten Fall lethargisch machen, vor allem in Ländern, die dringend reformbedürftig sind und in denen die Hilfe kaum oder gar nicht bei den Ärmsten ankommt.

Was tun, um Fairen Handel weiter zu fördern?

Europas BürgerInnen haben durch fair gehandelte Produkte die Möglichkeit, ein Zeichen der Solidarität zu setzen und ihren Teil dazu beizutragen, die soziale und wirtschaftliche Situation der Menschen in den Ländern des Südens zu verbessern. Als Verbraucher kommen sie dafür in den Genuss hochwertiger Erzeugnisse, da bei Herkunft und Produktion auf die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards geachtet wird und im Gegensatz zur billigen Massenware auf Transparenz gesetzt wird.

Welchen Beitrag leistet die Europäische Union, um den Fairen Handel als effizientes Instrument der Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen?

Das Europäische Parlament hat eine Entschließung zur Etikettierung fair gehandelter Produkte verabschiedet. Zu den Vorschlägen, welche Voraussetzungen Produkte für ein Fair Trade Siegel erfüllen müssen, gehören Produzentenpreise für die Rohstoffe über Weltmarktniveau, welche die Existenz der Hersteller sichern sowie transparente Informationen für VerbraucherInnen, umweltschonender Anbau, die Einhaltung der sogenannten Kernarbeitsnormen der IAO etc.

Wir von der GUE/NGL fordern, dass Fairer Handel als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit weiter ausgebaut und gefördert wird. Nötig sind vor allem auch zusätzliche Mittel zur Verankerung fester Ziele im Rahmen der europäischen Entwicklungszusammenarbeit, um den wirtschaftlichen Erfolg fair gehandelter Produkte zu sichern.

Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung sämtlicher Exportsubventionen, welche die Existenz von Produzenten in den armen Ländern durch Billigprodukte aus der EU gefährden.



HELMUTH MARKOV
Europaabgeordneter DIE LINKE

NORA SCHÜTTPELZ
Mitarbeiterin von Helmuth Markov

Fairer Welthandel statt ,Global Europe‘

In Fragen der gemeinsamen außenwirtschaftlichen Interessen, in Verhandlungen über Handelsbeziehungen zu Drittstaaten sowie in internationalen Organisationen (insbesondere der Welthandelsorganisation WTO) vertritt die Europäische Kommission die EU Mitgliedstaaten. Vertragsverhandlungen führt sie im Rahmen von Verhandlungsmandaten, die sie vom Rat, das heißt den Regierungsvertretern der EU-Staaten, erhält. Wichtigstes strategisches Ziel der Handelspolitik ist die Liberalisierung, also der schrittweise Abbau von Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr (Art. 131 EGV).



Mit der Kommissionsmitteilung „Global Europe – Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“¹ hat EU-Handelskommissar Peter Mandelson im Oktober 2006 die strategischen Vorstellungen für die Ausgestaltung seines Arbeitsfeldes präsentiert und erhielt dafür in den vergangenen Monaten erwartungsgemäß Lob von Vertretern der Wirtschaftsverbände sowie die Zustimmung des EU-Ministerrates, aber auch erbitterte Kritik von verschiedenen kritischen NROs, Gewerkschaften und linken Parlamentariern.



Zunächst ein kurzer Rückblick: Pascal Lamy, heute Generaldirektor der WTO, sprach, als er noch EU-Außenhandelskommissar war, von einer ‚globalisation maîtrisée‘, was in deutscher Sprache etwa ‚gut gestaltete Globalisierung‘ bedeutet. In seiner Abschlussbewertung über die Handelspolitik der Kommission in den Jahren 1999 bis 2004 gab er seinem Nachfolger den Rat, eine Politik zu machen, mit der Handel zu nachhaltiger Entwicklung beiträgt. Dazu gehört eben auch der Blick auf umwelt-, gesundheits-, verbraucher-

1 Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „in wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt – ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung“: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0567de01.pdf



schutz- und sozialpolitische Fragen sowie die Notwendigkeit von Transparenz und Legitimität². Niemand, er selbst am wenigsten, wird leugnen, dass Lamy ebenfalls für Freihandel und Marktöffnung steht. In seiner Amtszeit sind viele der heute aktuellen politischen Veränderungen eingeleitet worden. Dennoch zeigt sich in ‚Global Europe‘ eine neue Qualität:

Fast gänzlich ohne rhetorische Schnörkel geht es um die Erschließung der Weltmärkte für europäische Unternehmen. Ziele sind die weitestmögliche Abschaffung jeglicher Hemmnisse für EU-Exporte, Investitionen und Betriebsniederlassungen in Drittländern, Zugang zu Rohstoffen und Energie, Öffnung der Märkte für öffentliches Auftragswesen, Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Die in der Global-Europe-Strategie angekündigte und im April 2007 veröffentlichte neue Marktzugangsstrategie bestätigt dies im Detail.

Zwar betont die EU-Handelsstrategie weiterhin die Verpflichtung auf Multilateralismus und besonders das multilaterale Handelssystem der WTO, welches durch Einzelabkommen nur zu ergänzen sei. Statt die eigenen Ansprüche angesichts des Stillstands in der Doha-Runde zu überprüfen, setzt sie aber in der Praxis voll auf regionale und bilaterale Freihandels-, Assoziations- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Darin sollen dann genau die Liberalisierungspläne vereinbart werden, die sich innerhalb des WTO-Rahmens als unerreichbar darstellen – tatsächlich sind ja zum Beispiel drei der ‚Singapur-Themen‘ (Investitionsschutz, Wettbewerbspolitik, öffentliches Auftragswesen) aufgrund des Widerstands von Entwicklungsländern

2 Trade Policy in the Prodi Commission. An assessment, Brüssel, 19. November 2004: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_120087.pdf



aus dem Verhandlungskatalog der Doha-Runde gestrichen worden. Gegen deren Durchsetzung wenden sich zunehmend mehr Staaten, die nicht davon überzeugt sind, dass sie von einem vollständig liberalisierten Weltmarkt profitieren würden. Hinzu kommt: Selbst der schon zitierte WTO-Generalsekretär Lamy befürchtet, dass eine Zunahme von Einzelverhandlungen eine Einigung auf multilateraler Ebene erheblich erschweren würde – nicht zuletzt, weil viele Staaten kaum die finanziellen und personellen Kapazitäten aufbringen können, um an mehreren Baustellen gleichzeitig zu verhandeln³.

So ist es kaum verwunderlich, dass auch Verhandlungen der EU über regionale Abkommen (z. B. EU-Mercosur oder EU-ASEAN) aktuell in einer Krise stecken. Da sich in den Verhandlungsmandaten für die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) die oben genannten Singapur-Themen finden und die WPA, anders als das Cotonou-Abkommen, kaum als Entwicklungspartnerschaften konzipiert sind, ist es wenig erstaunlich, dass auch hier der Widerstand enorm wächst. Eine mögliche Alternative zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung hätte der Abschluss von Zusatzkonzessionen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS +) zugunsten aller jener Entwicklungsländer sein können, die besondere Entwicklungsbedürfnisse haben und die wichtigsten internationalen Übereinkommen in den Bereichen soziale Rechte, Umweltschutz, verantwortungsvolles Regieren und Drogenbekämpfung anerkennen.

³ Pascal Lamy's lecture text on 'Trends and Issues Facing Global Trade', 17. August 2007, Kuala Lumpur, Malaysia: http://www.miti.gov.my/ekpweb/application?origin=RSSContent&event=bea.portal.framework.internal.refresh&pageid=miti&subpageid=contentdetails§ion=content&global=ye_s&_cat=BRJ5fnuDYYU7009&_cont=EPB0000786002&_type=FULL

Erklärtermaßen steht die Außenhandelsstrategie im Einklang mit der Lissabon-Agenda. Diese soll nun um eine ‚externe Dimension‘ erweitert werden. Das wird dann ‚better regulation‘ genannt und liest sich so: Die Binnenmarktpolitik soll europäischen Unternehmen helfen, „Anpassungen vorzunehmen, die für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erforderlich sind“. Gesetzgebungsvorhaben im Binnenmarkt sollen bereits im Entwurfstadium auf ihre möglichen negativen Auswirkungen auf die globale Wettbewerbsfähigkeit geprüft, Vorschriften und Praktiken sogar „mit denen der wichtigsten Partner abgestimmt“ werden. De facto bedeutet dies, dass einerseits die Liberalisierungspolitik innerhalb der EU-Flexibilisierung des Arbeitsrechts, Öffnung der öffentlichen Dienstleistungsmärkte, ... – mit dem Überlebenskampf im globalen Wettbewerb gerechtfertigt wird. Andererseits wird die Einführung verbesserter sozialer, ökologischer oder Verbraucherschutz-Standards umso schwieriger, wenn nun Vertreter großer Unternehmensgruppen oder Regierungen von ‚wichtigen‘ Handelspartnerländern mit weniger qualitativen Regeln (wie z. B. die USA) in diesem Bereich Mitspracherecht bekommen – ganz abgesehen davon, dass ein solches Vorgehen nur schwer demokratisch zu legitimieren ist.

Letztlich, und damit schließt sich ein politischer Argumentationskreislauf, wird wiederum behauptet, der Markt der Europäischen Union stünde anderen Volkswirtschaften wesentlich offener als es andersherum der Fall sei. Für weitere Handelserleichterungen – beispielsweise einen grundlegenden Umbau und weiteren Abbau von EG-Agrarsubventionen – müssten die Handelspartner selbst größere Zugeständnisse machen, ihre Märkte ebenso weit öffnen.

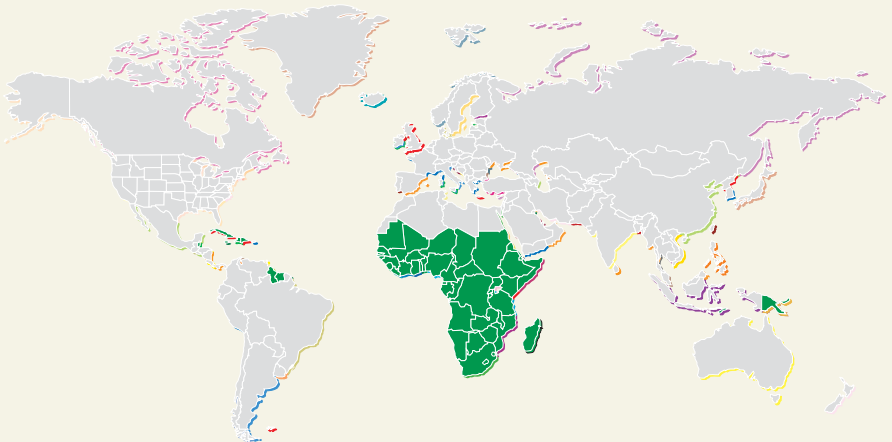
Das Europäische Parlament hatte bei der Entwicklung der Außenhandelsstrategie kein Mitspracherecht, hat jedoch nach deren Veröffentlichung in einem Initiativbericht dazu Stellung genommen⁴. Als Linke im Europäischen Parlament hat die GUE/NGL-Fraktion diesem nicht zugestimmt, da er die Kommissionsstrategie im Wesentlichen unterstützt und anders lautende Änderungsvorschläge keine Mehrheit fanden. Dabei hatte das Parlament in genau derselben Zusammensetzung bereits im Jahre 2006 einen Bericht verabschiedet, in dem sich viele alternative Vorschläge für eine gerechtere Ausrichtung der EU-Handelspolitik finden⁵. Kein Wunder: Ist doch dessen Autor Abgeordneter der GUE/NGL-Fraktion.

4 Europa im Zeitalter der Globalisierung – externe Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit, 22.07.2007: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2007-0196&language=DE&ring=A6-2007-0149>

5 Bericht über Handel und Armut: Konzipierung von handelspolitischen Maßnahmen zur Optimierung des Beitrags des Handels zur Armutsminderung <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP/NONSGML+REPORT+A6-2006-0179+0+DOC+PDF+Vo//DE>

Auch Linke wissen, dass Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung der Entwicklung und zur Armutsminderung sein kann. Marktöffnung darf aber weder unter Druck noch zu rasch erfolgen und muss Regeln folgen, sonst führt sie zu Deindustrialisierung und Umweltzerstörung, zu wachsender Abhängigkeit und zu noch größerer Verarmung. Jeder Regierung muss das Recht zuerkannt werden, ihre Dienstleistungs-, Waren- und Finanzmärkte selbstbestimmt so lange und so weit zu schützen, wie es notwendig ist. Vor der Öffnung eines Marktes muss ein institutioneller Rahmen existieren, der Umverteilung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reichtums organisiert. Der Staat muss in der Lage sein, bestimmte Wirtschaftssektoren vor der Marktöffnung zu unterstützen – was für Entwicklungsländer finanziell kaum möglich ist und durch von außen auferlegte Bestimmungen zusätzlich blockiert wird. Das von Industriestaaten geforderte Prinzip der ‚Reziprozität‘ (alle Vertragspartner sollen Zölle und sonstige Handelsbeschränkungen in gleichem Maße abbauen) führt jedoch zu noch größeren Differenzen. Ein faires Handelsregime würde dagegen dem Grundsatz der speziellen und differenzierten Behandlung jedes Vertragspartnerstaates folgen. Landwirtschaft, natürliche Ressourcen, technologisches und traditionelles Wissen, Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließlich medizinischer Versorgung dürfen dabei nicht einfach als Waren angesehen werden, sondern als Grundlagen menschenwürdigen Lebens.

Afrika, Karibik und Pazifik Staatengruppe (AKP)



ANDRÉ BRIE

Europaabgeordneter DIE LINKE

Die Kosten des schrankenlosen Handels – Sozialdumping und Außenhandelspolitik der Europäischen Union



Bei allem sonstigen Dissens zwischen den EU-Regierungen: Freier Wettbewerb und liberalisierte Märkte gehören zu ihren gemeinsamen Axiomen. In ihrem Mandat für die derzeit tagende Regierungskonferenz zur Ausarbeitung des Grundlagenvtrags betonten die Staats- und Regierungschefs, dass die Union auf „eine im hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ hinwirke – und dass sie einen Beitrag „zu freiem und gerechten Handel“ leiste.¹

Global player Europa

Tatsächlich kommt der Handels- und Außenhandelspolitik im Streben nach einem weltweit konkurrenzfähigen Europa – besser einer konkurrenzfähigen europäischen Wirtschaft – ein seit Jahren wachsender Stellenwert zu. Bereits heute ist die EU nach eigener Darstellung mit einem Anteil von 20 Prozent der globalen Im- und Exporte die größte Handelsmacht der Welt. „Für ein wettbewerbsfähiges Europa müssen zwei entscheidende, miteinander verknüpfte Voraussetzungen erfüllt sein. Zum einen benötigen wir (...) Strategien, die den externen Wettbewerbserfordernissen Rechnung tragen und dafür sorgen, dass Europa weiterhin offen bleibt für Handel und Investitionen. Zum anderen muss für faire Regeln auf anderen Märkten gesorgt werden, insbesondere bei unseren wichtigsten Handelspartnern der Zukunft. Beides muss sich auf transparente und wirksame Regeln stützen“, heißt es in der Mitteilung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ der EU-Kommission vom 4. Oktober vergangenen Jahres². Dieses Dokument gilt als strategische Weichenstellung der EU-Handelspolitik – und stellt klar, was Regierungen und Unternehmen in Europa wollen: Einen weitgehend von allen Hürden befreiten Fluss von Waren und Dienstleistungen. Dass unter diesen Hürden nicht nur tatsächlich protektionistische und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen (wie sie u. a. im Schiffbau existieren), sondern auch bestimmte Zoll- und Abgabensysteme, sozial-, gesundheits- und arbeits-

¹ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st11/st11218.en07.pdf>

² http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2006&nu_doc=567

schutzrechtliche Regelungen sowie ökologische Schutzmaßnahmen gefasst werden, dürfte auf die eindeutige Priorität von Wirtschaftsinteressen in der EU-Außenhandelspolitik zurückgehen.

Das zentrale europäische Argument für den globalen Freihandel, nur er ermögliche auch den Entwicklungsländern die Teilhabe am weltweiten Wirtschaftswachstum und an Wohlstand für alle Menschen, erweist sich in der Praxis als reine, marktliberale und überaus einseitige Ideologie: „Laut OECD nahmen die landwirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen in den Industrieländern von 247 Mrd. (1986) auf 311 Mrd. Dollar (200) zu. Und Studien machten deutlich, dass durch den Handelsliberalismus einzelne Agrarexporteure zu Agrarimporteuren (Philippinen, Indonesien, Uruguay) mutierten. Nach 9 Jahren WTO und bereits vorher durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds verordneten Marktöffnungen steht fest, dass dieses auf den Export ausgerichtete Entwicklungskonzept fehlgeschlagen ist und insbesondere durch den Import billiger Massenprodukte unzählige Kleinbäuerinnen und -bauern ihre Existenzgrundlage verloren haben.“³

Wettbewerbsfaktor Sozialdumping

Begründet werden gerade die von den Staaten des Nordens erhobenen Forderungen nach freien Märkten und Deregulierung mit der Notwendigkeit, Wettbewerbsverzerrungen und Dumping zu bekämpfen. „Antidumping-, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen versetzen die Europäische Union

3 Marianne Hochuli: Marktöffnung als Armutsbekämpfungsstrategie?, in: Widerspruch 47, Agrobusiness- Hunger und Recht auf Nahrung, Zürich 2004



in die Lage, ihre produzierende Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken oder subventionierten Einfuhren und dramatischen Verschiebungen der Handelsströme zu schützen (...). Die EU muss diese Instrumente wirksam und konsequent einsetzen“, bekräftigt das Grünbuch „Die handelspolitischen Schutzinstrumente der EU in einer sich wandelnden globalen Wirtschaft“.⁴

Abgesehen davon, dass dieses Herangehen die Existenz von gleich starken und gleichberechtigten (Handels-)Partnern voraussetzen würde, ist es ausschließlich wirtschaftlich orientiert. Laut gängiger Auffassung stellt Dumping eine Strategie dar, „bei der die Exportpreise unter den vergleichbaren Inlandspreisen liegen. Dumping dient dem Vordringen in ausländische Märkte, der Gewinnung von Marktanteilen und der Ausschaltung ausländischer Konkurrenz. Dumpingpraktiken können durch Export-, Zins- und Frachtsubventionen sowie Ausfuhrprämien begünstigt werden.“ (Meyers Lexikon online). Bisher nicht „offiziell“ definiert wurde dagegen das Sozialdumping, das auf günstigere Herstellungskosten durch niedrigere Löhne und geringe soziale Belastung der Wirtschaft sowie „günstigere“ Arbeitsbedingungen setzt. Über die Gründe dafür, dass bei der Diskussion dieser Frage die entwicklungspolitischen Organisationen noch weitgehend unter sich sind, kann spekuliert werden. Vielleicht, weil das Thema dem „wirklichen“ Dumping untergeordnet ist, weil es sowohl den Norden als auch den Süden betrifft, weil ihm nicht

⁴ http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2006&nu_doc=763



mit einem Schwarz-Weiß-Raster beizukommen ist. Tatsache ist, dass Sozialdumping mittelbar im Zusammenhang mit EU-Handelspolitik und über verschiedene Zwischenschritte und Akteure auftritt. Und dass das „klassische“ Dumping heute kaum noch ohne Sozialdumping möglich ist. Dabei ist Sozialdumping durchaus kein neues Phänomen und betrifft keineswegs nur solche bekannten Bereiche wie Kinderarbeit – nach ILO-Angaben arbeiteten trotz Rückgangs 2004 noch immer weltweit 218 Millionen Kinder.⁵

Bereits im Rahmen der 1919 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wurden Arbeits- und Sozialstandards vereinbart. Dazu gehören beispielsweise das Recht auf gleiche Entlohnung für Frau und Mann, die Gleichbehandlung der Geschlechter am Arbeitsplatz, das Mindestalter bei der Arbeit und ein generelles Verbot von Zwangsarbeit. Diese Regelungen sind in der Mehrheit in spezifischen Konventionen erfasst.⁶ 1976 einigten sich die OECD-Staaten auf Richtlinien für Multinationale Unternehmen (Declaration on International Investment and Multinational Enterprises), die arbeitsrechtliche Bestimmungen enthielten und mehrfach überarbeitet wurden.⁷

Nord und Süd betroffen

Drei Hauptbereiche bzw. Wirkungsfelder treten heute im Zusammenhang mit der EU-Außenhandelspolitik deutlich zutage:

Erstens: Sozialdumping innerhalb der EU. Der erhöhte Stellenwert des Außenhandels und der bereits zu großen Teilen unbeschränkte Binnenmarkt führen zwangsläufig zu dem Druck, Wettbewerbsvorteile wesentlich über den Abbau sozialer Rechte und Leistungen, durch Erhöhung bzw. „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten oder durch Einschränkungen beim Arbeitsschutz zu realisieren. Dies betrifft nicht nur den Handel innerhalb der EU, sondern auch den Außenhandel. Neben den Produktionsverlagerungen – oder deren Androhung, um „Zugeständnisse“ der Arbeitnehmer zu erzwingen – gibt es für diese Vorgehen verschiedene Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Dazu gehören die Dienstleistungsrichtlinie, die das Anbieten von Leistungen zu den im Herkunftsland gültigen Konditionen ermöglichen soll, oder die an den Protesten der Docker gescheiterte Hafendienstleistungsrichtlinie. Damit sollten die Schiffsbesatzungen gezwungen werden, ihre Ladung selbst zu löschen. Die Konsequenzen dieser Entwicklung sind auch der EU-Kommission klar: „Für einzelne Branchen oder Regionen kann die Marktöffnung durchaus schmerzhaft sein (...). Deshalb müssen wir die Auswirkungen der Marktöffnung früher erkennen und den betroffenen Wirtschaftszweigen, Regionen und Arbeitnehmern besser helfen, sich auf die neue Situation einzustellen“,

5 http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/aktuelles_globalreporto6.htm

6 http://www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn/ilo_kernarbeitsnormen.htm

7 http://www.oecd.org/document/24/0,3343,en_2649_34887_1875736_1_1_1_1,00.html

heißt es in der oben genannten Kommissionsmitteilung. Das heißt, Sozialdumping soll nicht verhindert, sondern überwacht und in brisanten Fällen abgedeutet werden.

Zweitens: Sozialdumping in den Entwicklungsländern. Dass bei der Herstellung vieler Exportwaren in den Entwicklungsländern Sozialaspekte missachtet werden, ist auch in Europa bekannt. Attac schätzt, dass bis zu 30 Prozent des Warenwerts im Welthandel unter Verstoß gegen fundamentale Arbeitsrechte hergestellt wird.⁸ Praktisch aber sind die Entwicklungsländer durch die Weltmarktbedingungen und die Subventionspolitik der Industriestaaten, wie sie trotz Änderungen z.B. noch immer auf dem EU-Agrarmarkt bestehen, zu diesem Vorgehen gezwungen. „Die in reichen Ländern geltenden Handelsbeschränkungen kosten die Entwicklungsländer etwa 100 Milliarden Dollar jährlich – das Doppelte der Entwicklungshilfe, die sie erhalten“, konstatiert die Oxfam-Studie „Unfairer Spiel – Zweierlei Maß“.⁹ Feste Regeln zur Beachtung von Sozialstandards, wie sie u. a. von der EU in der Doha-Runde der WTO-Verhandlungen gefordert werden, sind zwar grundsätzlich wünschenswert, müssen aber unter den Bedingungen eines imperialen Freihandelskapitalismus und der fortgesetzten Ausplünderung des Südens durch den Norden von den Entwicklungsländern als Instrument des nördlichen Protektionismus gesehen werden. Bereits in der Uruguay-Runde (1986 bis 1994), dann auch in der Ministerkonferenz 1996 scheiterte die Behandlung bzw. die Einbringung von Sozialstandards in die WTO am Widerstand aus dem Süden.

Drittens schließlich führt die aggressive EU-Außenhandelspolitik und die Durchsetzung eines „gleichberechtigten“ Handels und Marktzugangs zu verminderten Staatseinnahmen in den Entwicklungsländern und damit mittelbar zu noch geringeren Möglichkeiten für eine staatliche Sozialpolitik. Werden Steuern und Abgaben auf europäische Waren und Dienstleistungen stark reduziert oder gar ganz abgeschafft, ist das keine Gerechtigkeit, sondern ein dramatischer Verlust für die Haushalte der Entwicklungsländer, mit denen die größten sozialen Verwerfungen kompensiert werden könnten. Nach Schätzungen der Weltbank machen Zölle in afrikanischen Ländern südlich der Sahara zwischen 7 und 10 Prozent der Staatseinnahmen aus.¹⁰ Trotzdem fordern die europäischen Staaten in den laufenden Verhandlungen über die Partnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements) zwischen EU und Entwicklungsländern die Beseitigung von Zöllen und Abgaben.

So bitter es klingt: Angesichts der realen Situation in den internationalen Handelsbeziehungen und der Politik der Akteure aus dem Norden scheint eine deutliche Verminderung oder gar die Beseitigung des Sozialdumpings

8 http://www.attac.de/tuebingen/texte/wto_sozial.rtf

9 <http://www.attac.de/themen/welthandel/unfair.php>

10 http://www.oxfam.de/download/EPA_Hintergrundpapier.pdf



zumindest kurz- und mittelfristig unmöglich. Dazu bedarf es einer grundsätzlichen, einer solidarischen Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen, die den Ländern des Südens eigenständige und alternative Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete. Davon sind wir dramatisch weit entfernt. Trotzdem existieren Möglichkeiten, die gravierendsten Formen von Sozialdumping wenigsten zu bekämpfen. Dazu gehören:

- die Einhaltung der in der ILO vereinbarten sozialen und arbeitsrechtlichen Mindestnormen, wobei die spezifischen Gegebenheiten der Entwicklungsländer Berücksichtigung finden müssen;
- die Aufwertung von Sozialklauseln als global gültiges Gut und nicht als Mittel zum Wettbewerb, auch wenn dies vorerst auf den Diskussionsprozess beschränkt bleibt;
- die stärkere Popularisierung und Nutzung von sozialen Gütesiegeln für einzelne Produktkategorien, um über die Verbraucher Einfluss zu gewinnen und gleichzeitig gerechte Arbeits- und Sozialbedingungen als Qualitätsmerkmal zu etablieren. Gefördert werden sollten auch Verhaltenskodizes (Codes of Conduct), die das Verhalten multinationaler Konzerne regeln.

Vor allem aber geht es darum, die Frage des Sozialdumpings in die öffentliche Debatte zu bringen. Das Problem zu ignorieren, wäre sicher die schlechteste Option.

Nachhaltiger Welthandel noch nicht in Aussicht



JENS HOLM

Europaabgeordneter der Vänsterpartiet, Schweden

Der globale Klimawandel ist zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden. Veränderungen im Klima, die durch die globale Erwärmung entstehen, sind bereits heute spürbar. Am schlimmsten betroffen sind die ärmsten Entwicklungsländer. Aber selbst die westliche Industrieländer steht vor Problemen in Form von plötzlichen Temperaturschwankungen, Überschwemmungen und heftigen Stürmen.



Diese Erscheinungen werden sich weiter häufen und verstärken, wenn nicht radikale Schritte zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen unternommen werden. Das stellt auch das Weltwirtschaftssystem vor große Herausforderungen. Dieses System basiert heute auf dem Ziel der Maximierung von Produktion, Konsum und Handel. Der Klimawandel rückt nun auch die internationale Verantwortlichkeit ins Blickfeld und eine Reihe von Staaten hat zumindest Maßnahmen angekündigt, die dazu dienen sollen, mit den Folgen des Klimawandels fertig zu werden.

In den Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) arbeiten dieselben Staaten allerdings offenbar mit wesentlich größerem Enthusiasmus an Verhandlungsabschlüssen, die genau diesem Ziel entgegenstehen. Es ist noch immer unklar, wie groß die Chance für eine Übereinkunft im multilateralen Rahmen ist. Gleichwohl reist der Generalsekretär der Organisation, Pascal Lamy, durch die Welt, bemüht um Angleichung der Positionen und um Imagewahrung.

Die Handelsliberalisierungsideologie, die in der WTO beschworen wird, basiert auf den antiquierten Theorien der komparativen Kostenvorteile. Die aus ihr gefolgerte Politikempfehlung ist die Beseitigung von Handelshindernissen in Form von Zöllen und Regeln, die, so die Annahme, den freien Güterverkehr einschränken. Schon vor Jahrzehnten war dies auch der Leitgedanke in den Verhandlungen für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und für die Schaffung der WTO.

Der Umfang des internationalen Handels wächst stetig, zwischen 1990 und 2005 um 6% pro Jahr. Im selben Zeitraum betrug das globale Wirtschaftswachstum 2,5%. Der am schnellsten wachsende Bereich war der Industriegüterhandel. Aber sogar im Handel von Agrarprodukten war das Wachstum sichtbar. Im Schatten dieses Trends nahmen auch die Treibhausgasemissionen, besonders im Transportwesen, massiv zu.

Dieses Handelssystem ist nicht nachhaltig, weder in der Theorie noch in der Praxis. Die bestehende Arbeitsteilung basiert zu einem wesentlichen Teil auf unterschiedlichen Arbeitskosten. Das bedeutet, dass Produktion und Investitionen in diejenigen Länder verlagert werden, in denen die Löhne am geringsten sind. Dieser Prozess bringt die Tendenz mit sich, dass auch in anderen Staaten soziale und ökologische Standards unter Druck geraten. Die globalen Handelsflüsse werden von einem anhaltenden Trend der Restrukturierung der Produktion bestimmt, wobei Produkte in einem schier endlosen Lauf über den ganzen Planeten hin und her transportiert werden.

Ein konkretes Beispiel für mangelnde Nachhaltigkeit ist Soja. Die Produktion von Soja verbreitet sich heute zunehmend in Südamerika. Der Großteil wird in die EU exportiert. Hier wird Soja größtenteils als Viehfutter verwendet. Der entstehende Mehrwert wird dann wiederum in die Dritte Welt einschließlich Südamerika zurückexportiert: Milchprodukte werden zu Dumpingpreisen zum Beispiel nach Brasilien verkauft.

Diesen weltweiten Tendenzen muss entgegengewirkt werden. Treibhausgasemissionen aus dem Transportsektor müssen als Teil einer breiten Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels reduziert werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Kosten aller Transportwege in den Preis einbezogen werden, aber vor allem, dass der extensive Transportverkehr eingeschränkt wird.

Eine Möglichkeit zu dessen Reduzierung ist die Entwicklung eines Handelssystems, das lokale und regionale Produktionskreisläufe fördert. Ein solches System trüge auch bei zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Studien haben gezeigt, dass lokale Produktion schon heute weniger CO₂-Emissionen verursacht, als wenn dieselben Produkte in die EU eingeführt werden. Das gilt nicht nur für den Transport, sondern auch für die Produktion selbst.

Eine Strategie zur Förderung lokaler Produktion sollte auf interner wirtschaftlicher Diversifizierung beruhen und auf lange Sicht auf wirtschaftliche Selbstversorgungsfähigkeit zielen. Ausgangspunkt sollte sein, dass das, was dezentral produziert werden kann, auch lokal produziert wird. Das gilt für landwirtschaftliche wie für Industrieprodukte. Die direkten Vorteile sind geringere Umweltbelastung, größerer politischer Spielraum und die Förderung von Beschäftigung vor Ort.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass eine solche Strategie internationaler Natur sein und regionale Integration in den verschiedenen Teilen der Welt begünstigen muss. Dies stünde im Kontrast zur herrschenden, von Gewinnstreben geleiteten Globalisierung, in der die Länder und Arbeitnehmergruppen sich in einem sich stets verstärkendem Wettbewerb gegenüberstehen. In der



Beziehung zwischen reicheren und ärmeren Regionen sollten letztere erleichterten Zugang zu den Märkten ersterer erhalten. Erforderlich sind weiterhin ein genereller Schuldenerlass sowie erweiterte Hilfen beim Kompetenzaufbau.

Notwendig wäre zudem ein Handelssystem, das die Zunahme am Transportbedarf von Produkten, die genauso gut lokal produziert werden könnten, nicht weiter vorantreibt. Gleichzeitig bedarf es schon kurzfristig einer Abkehr von Transportformen, die große Mengen CO₂ emittieren, wie Flugzeuge und Lastwagen. Stattdessen sollten Schienen- und teilweise die Wasserwege begünstigt werden. Oberste Prämisse ist, dass alle wirtschaftlichen Aktivitäten ihre ökologischen Kosten internalisieren müssen. Viel zu lange sind zerstörerische Wirtschaftsformen subventioniert worden, weil niemand in der Lage war, den Wert der Atmosphäre zu beziffern.

Es ist auf kurze Sicht auch wichtig, die Verantwortung der EU klar zu benennen. Das beinhaltet unter anderem die Notwendigkeit engerer Kooperation mit Schwellenländern wie Indien, Brasilien und China. Die EU muss den Transfer von Technologien intensivieren, die die ökologische und energieeffiziente Restrukturierung dieser Länder unterstützen. Verbesserte Fähigkeiten und lokales Wissen sind für eine ökologisch nachhaltige ökonomische Entwicklung dieser Länder notwendig.

Aber die Verantwortung der EU schließt auch ein, dass sie Ländern widerspricht, wenn dort unzulässige Subventionen fließen und sie z. B. das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren, wie im Falle der USA. Zusätzlich sollten CO₂-Zölle für energieintensive Produkte aus solchen Ländern eingeführt werden. Dies wären konkrete Maßnahmen, mit denen die EU Druck auf jene Staaten ausüben könnte, die sich ihrer Verantwortung für globale Energiefragen, die alle Länder betreffen, entziehen.

Das aktuelle Handelssystem befördert die Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer, in denen unter Bedingungen produziert wird, die zudem umweltschädlich sind, zum Beispiel durch die extensive Nutzung von Kohlebasierter Energie. Die bestehende Arbeitsteilung bewirkt zudem extensiven Transportbedarf. Dieses System ist nicht nachhaltig und es ist an der Zeit, die Ausrichtung der EU-Handelspolitik grundlegend zu ändern. Globaler Klimawandel und das Erfordernis, den Treibhausgasausstoß im Transportsektor zu verringern, unterstreichen diese Notwendigkeit, die sich auf internationaler Ebene stellt.



SAHRA WAGENKNECHT
Europaabgeordnete DIE LINKE

Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika ... und was man von ihnen lernen kann

Lateinamerika zählt zu den Regionen, in denen früher und radikaler als anderswo privatisiert wurde. Bereits in den siebziger Jahren waren Länder wie Chile, Argentinien oder Uruguay Schauplatz marktradikaler „Reformen“, die mit brutalster Gewalt durchgesetzt wurden. Knapp zwanzig Jahre später waren es wieder lateinamerikanische Länder, die mit einer rücksichtslosen Verschleuderung öffentlichen Eigentums von sich reden machten.



Eine wichtige Rolle bei diesem Ausverkauf spielte die Auslandsverschuldung, die von den Gläubigerländern als Hebel genutzt wurde, um die Regierungen der verschuldeten Länder zur Privatisierung und zum Verkauf ihrer Bodenschätze und Unternehmen zu nötigen. Nach Angaben der Weltbank stiegen die von Entwicklungsländern erzielten Privatisierungserlöse von weniger als fünf Milliarden US-Dollar pro Jahr in den achtziger Jahren auf über 20 bis 30 Milliarden pro Jahr in den Jahren 1991 bis 1996 und auf über 60 Milliarden im Jahr 1997 an. Statistiken der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zufolge haben Entwicklungsländer seit Mitte der achtziger Jahre Unternehmen im Wert von über 730 Milliarden US-Dollar an ausländische Investoren veräußert.

Professionell organisiert wurde der Verkauf öffentlichen Eigentums von korrupten Oligarchien im Zusammenspiel mit Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, dessen „Strukturanpassungsprogramme“ genau auf die Interessen der reichen Gläubiger zugeschnitten waren. Dagegen hatte die arme Bevölkerungsmehrheit die Folgen der neoliberalen Privatisierungs- und Sparpolitik zu tragen, die immer mehr Menschen von der Versorgung mit notwendigen Gütern ausschloss.

Ende des Ausverkaufs: Das Pendel schwingt zurück

Dass die Bevölkerung Lateinamerikas den Ausverkauf ihrer Ressourcen nicht mehr widerstandslos hinnehmen würde, deutete sich bereits Mitte der neunziger Jahre an, als es parallel zum Abschluss des nordamerikanischen

Freihandelsabkommens (NAFTA) in der mexikanischen Provinz Chiapas zum Aufstand kam. Seitdem sind die alten Eliten in vielen Ländern unter Druck geraten bzw. durch Linksregierungen ersetzt worden. Dabei stehen insbesondere Venezuela unter Chávez, Bolivien unter Morales und Ecuador unter Correa für ein ehrgeiziges Programm, das auf eine Wiederaneignung der natürlichen Reichtümer und Ressourcen abzielt, welche zur Finanzierung umfassender Sozial- und Bildungsprogramme benötigt werden. Im Gegensatz zu gemäßigeren Linksregierungen wie in Brasilien unter Lula oder Argentinien unter Kirchner wird hier ein Bruch mit den bisherigen Macht- und Eigentumsverhältnissen riskiert und der Konflikt mit den westlichen Großmächten und Konzernen in Kauf genommen.

Nichts gelernt? Die Lateinamerika-Politik der EU

Bei allen Unterschieden zwischen Lula, Kirchner und Chávez ist ihnen gemeinsam, dass sie das auf Abhängigkeit und Ausbeutung beruhende Verhältnis zu den USA und Europa überwinden wollen. Entsprechend verringert sich der Einfluss europäischer und US-amerikanischer Konzerne, deren Anteil am Gesamtumsatz der größten 500 Unternehmen in Lateinamerika von 39 Prozent (2000) auf 25 Prozent gesunken ist. Parallel dazu ist der Staatsanteil unter den Top 500 in den letzten sechs Jahren von rund einem Drittel auf 45 Prozent gestiegen.



Die von den USA und der EU verfolgte Strategie, mithilfe von Freihandelsabkommen die Vorherrschaft nordamerikanischer und europäischer Konzerne weiter auszubauen, erhielt auch aufgrund wachsenden Selbstbewusstseins einer steigenden Zahl lateinamerikanischer Staaten massive Dämpfer, die einer Öffnung ihrer Märkte für die übermächtigen Produzenten des Nordens nicht mehr ohne Vorbehalt zustimmen wollen. So kam das von den USA massiv vorangetriebene Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) im November 2005 vorerst zum Erliegen. Auch die Versuche der EU, mit dem südamerikanischen Handelsverbund Mercosur ein Abkommen abzuschließen, liegen derzeit auf Eis.

Allerdings haben auch diese Misserfolge nicht zu einem grundlegenden Strategiewechsel geführt, wie die aktuellen Bemühungen der EU zeigen, mit der Andengemeinschaft sowie den zentralamerikanischen Staaten Assoziierungsabkommen mit handelspolitischem Schwerpunkt abzuschließen. Unbeirrt setzt die EU weiterhin auf die Liberalisierung auch höchst sensibler Dienstleistungen, wobei ihre Forderungen noch über die im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) gestellten hinausgehen. Unter anderem fordert die EU eine Öffnung der Märkte im Wasser-, Energie-, Transport- und Telekommunikationsbereich. Inwieweit die Verhandlungen erfolgreich sein werden, ist derzeit nicht absehbar, gibt es doch innerhalb der Anden-



gemeinschaft mit den liberalisierungsfreundlichen Ländern Kolumbien und Peru auf der einen und den Liberalisierungsgegnern Bolivien und Ecuador auf der anderen Seite diametral entgegengesetzte Positionen. Unklar ist auch, welche Rolle Venezuela spielen wird, das nach seinem Austritt aus der Andengemeinschaft soeben einen Wiederaufnahmeantrag gestellt hat. Was die Verhandlungsführung betrifft, so hat die EU bereits angekündigt, dass sie wie früher auf weitgehende Geheimhaltung setzt. Bolivien hingegen hat beschlossen, die Verhandlungen transparent und damit stärker von außen kontrollierbar zu machen.

Mit Volksbegehren gegen Privatisierung

Dass die Bevölkerung in Lateinamerika nicht mehr gewillt ist, Entscheidungen, die ihre Interessen missachten, kampfflos hinzunehmen, lässt sich vielerorts beobachten:

Beispiel Bolivien: Nachdem die multinationale Bechtel Corporation in Cochabamba die Wasserversorgung übernommen und innerhalb kürzester Zeit die Wasserpreise verdreifacht hatte, kam es im Jahr 2000 zu Generalstreiks und Aufständen, die schließlich dazu führten, dass Bechtel sich zurückziehen musste.

Beispiel Uruguay: Dort stimmten 64 Prozent der Bevölkerung im Oktober 2004 für eine Verfassungsreform, in der die Privatisierung des Wassers ausdrücklich untersagt wird.

Beispiel Kolumbien: Dort kaufte sich die Stadt Bogotá kürzlich aus einem Vertrag mit dem französischen Wassermulti Suez frei. Zwar kostete dies 80 Millionen Dollar; dies kam die Stadt aber immer noch billiger als die zehnfach überhöhten Preise des Konzerns.

Interessant auch das aktuelle Beispiel Brasiliens: Dort versuchen rund zweihundert NGOs, die Privatisierung des größten Bergbaukonzerns Brasiliens Companhia Vale do Rio Doce (CVRD) anzufechten. Der mit einer Marktkapitalisierung von 110 Mrd. US\$ zweitgrößte Bergbaukonzern der Welt wurde bereits unter der Regierung Cardoso (1995–2002) für schlappe 3,3 Mrd. US-Dollar verkauft – obwohl er zum Zeitpunkt der Privatisierung etwa 40 Mrd. US\$ wert war. Die sozialen Bewegungen möchten nun durch eine Volksbefragung erreichen, dass diese Privatisierung im Nachhinein für nichtig erklärt wird. Sie berufen sich dabei auf ein Urteil aus dem Jahr 2005, welches die Privatisierung eines Staatsbetriebes aufgrund von „Unregelmäßigkeiten“ für ungültig erklärt hatte.

Von Lateinamerika lernen ...

Zwar kann man die Situation in Entwicklungsländern mit jener bei uns nur bedingt vergleichen. Die Zeiten, in denen Privatisierungen nahezu geräuschlos durchgezogen werden konnten, sind in Europa jedoch ebenfalls vorbei. Zu schlecht sind die Erfahrungen, die man mit privaten Investoren gemacht hat. Beispiel Berlin: Dort zählen die Wasserpreise inzwischen zu den höchsten Europas. Der Grund sind dubiose Geheimverträge, die im Rahmen der Teilprivatisierung 1999 mit den Konzernen Veolia und RWE geschlossen wurden und die den Konzernen eine saftige Rendite zusichern. Nun läuft ein Volksbegehren, das wie in Brasilien Aufklärung über die Umstände der Privatisierung fordert, um zu erreichen, dass die Verträge für ungültig erklärt werden. Wie die Beispiele aus Lateinamerika anschaulich zeigen, sind Privatisierungen kein Naturgesetz und können korrigiert werden. Notwendig dafür ist Entschlossenheit und politischer Druck von unten.



Schutz geistigen Eigentum vs. Zugang zu Medikamenten in Afrika



VITTORIO AGNOLETTO

*Europaabgeordneter der Partito della
Rifondazione Comunista-Sinistra Europea, Italien*

Laut dem jüngsten Bericht von UNAIDS, dem Koordinierungsprogramm der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, sind weltweit 40 Millionen Menschen HIV-positiv, 25 Millionen davon leben in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Dort geschehen schätzungsweise 2,8 Millionen Fälle von Neuinfizierung (mehr als in allen anderen geographischen Regionen zusammen) und in 2,1 Millionen Fällen (72% der weltweit gesamten Zahl der Infizierten) verläuft AIDS hier tödlich.



Ein grausames Bild von einem Kontinent, auf dem die Lebenserwartung laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bei durchschnittlich nur 47 Jahren liegt. Ein Bild auch, dass vor allem auf Frauen zutrifft. Nicht nur, weil das Infektionsrisiko für sie viermal größer ist als für Männer, sondern auch, weil sie es sind, die sich in den meisten Fällen um die Krankenpflege in Familie und Gesellschaft kümmern.

Die einzige ermutigende Nachricht im UNAIDS-Bericht ist die gestiegene Zahl der Personen, die Zugang zu Therapien gegen die Entstehung von Retroviren haben: Im Juni 2006 waren es 1 Millionen Menschen, zehnmal so viele wie im Dezember 2003. Die größten Anstrengungen sind in Botswana, Kenia, Malawi, Namibia, Ruanda, Südafrika, Uganda und Sambia zu beobachten. Allein: Dieses großartig erscheinende Ergebnis erfasst nur 23% der 4,6 Millionen Menschen, die nach WHO-Schätzungen dringend medizinische Behandlung benötigen. Vier von fünf Afrikanern wird, neben anderen, ein Grundrecht vorenthalten: das Recht auf Gesundheit.

Vor sechs Jahren haben sich die Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha multilateral auf eine Erklärung geeinigt, in der sie versichern, dass die Regeln zum Schutz geistigen Eigentums kein Hindernis für die Entwicklungsländer darstellen, das öffentliche Gesundheitswesen im Interesse ihrer Bürger zu schützen. Seitdem hat sich jedoch wenig getan. Die Preise für patentierte Medikamente sind weiterhin unhaltbar hoch und das TRIPS, das internationale Abkommen über Patente, versperrt unüberwindlich den Zugang zu Generika, die in Indien, Brasilien und Thailand produziert werden. Wem das nützt? Den üblichen Verdächtigen: In 2005 sind die Aktienwerte der europäischen Pharmakonzerne um 25 Prozent gestiegen (jenseits des Atlantiks findet man ähnliche Zahlen) und für die kommenden drei Jahre wird eine weitere Steigerung um 14 Prozent erwartet.

Laut den Worten des Direktors des brasilianischen nationalen Programms gegen AIDS, Pedro Cheques, ist „die Anwendung der Erklärung von Doha infolge des politischen Drucks, den die Bush-Administration ausübt, in der Praxis gleichsam unmöglich“. Ein Druck, der darauf abzielt, die Interessen der multinationalen Konzerne unverhältnismäßig zu schützen. Washington bringt dies seit 2001 auf unterschiedlichste Weise zum Ausdruck und vermischt dabei immer mehr die bilaterale mit der multilateralen Ebene.

Aktuell ist die Hauptzielsetzung die Durchsetzung von TRIPS plus – ein Paket von Richtlinien über den Schutz geistigen Eigentums, die weit über das hinausgehen, was die WTO-Regeln vorsehen – in Handelsabkommen mit einzelnen Partnerstaaten oder regionalen Blöcken. Das Instrument dazu nennt sich ‘Special 301 Report’. Dieser wird jährlich vom Handelsvertreter der Vereinigten Staaten verfasst und analysiert Land für Land, ob deren Schutzbestimmungen über geistiges Eigentum im Einklang mit den amerikanischen Interessen sind oder nicht. Widersprechen sie ihnen, endet das Land auf einer schwarzen Liste, der so genannten ‘priority watch’ list, und es drohen Einschränkungen der Handelsbeziehungen.

Auf multilateraler Ebene wiederum müht sich die Agenda der Bush-Administration darum, die Ausnahmeklauseln des TRIPS-Abkommens unanwendbar zu machen, die es den Mitgliedstaaten in Fällen von Gesundheitskrisen erlauben, Patentrechte einzuschränken und lebensrettende Arzneimittel zur Verfügung zu stellen. Das kann mittels Parallelimport geschehen (wenn ein Produkt im Land A 100 Euro kostet und 80 Euro im Land B, kann A von B ohne die Zustimmung des Patentinhabers importieren) oder mittels Zwangslizenzen (die örtlichen Behörden gestatten die Herstellung von Generika für die Nutzung im öffentlichen Gesundheitswesen ohne die Zahlung von Patentgebühren, wobei die Regierung weder die Lizenzen missbrauchen, noch damit kommerziell handeln darf).

In Anbetracht der Tatsache, dass „viele Mitgliedstaaten der WTO nicht über Produktionskapazitäten im pharmazeutischen Sektor verfügen“ und dass sie daher „Schwierigkeiten haben, die im TRIPS vorgesehenen Zwangslizenzen effektiv zu nutzen“, gab die Doha-Erklärung dem TRIPS-Rat in Genf das Mandat, schnellstens eine Lösung zu finden, die es diesen Ländern ermöglicht, Zwangslizenzen, wenn es notwendig ist, auch für den Import zu nutzen. Aufgrund des Widerstands der US-Delegation, aber auch wegen der komplizierten Untätigkeit der europäischen, kam die ‘schnelle Lösung’ fast zwei Jahre später mit der Deklaration vom 30. August 2003 (im Folgenden ‘Deklaration’ genannt). Über diese lange Verzögerung hinaus enthält der eingeführte Exportmechanismus so viele Einschränkungen und technische sowie administrative Hürden, dass in der Realität bis heute kein Staat davon profitiert hat. ‘Ärzte ohne Grenzen’ hat Ende September 2006 in einem Bericht über den Versuch, Generika aus Kanada zu importieren, bekannt gemacht,



dass Kanada der erste Staat ist, der die Deklaration in einem nationalen Gesetz umsetzt. Vierundzwanzig Monate nach der ersten Lieferanfrage ist nicht eine einzige Tablette exportiert worden.

Ende 2005, während der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong, wurde ein Protokoll zur dauerhaften Änderung des TRIPS-Abkommens beschlossen, das vollkommen auf die Wünsche der großen Pharmalobby eingeht, die vom Prinzip – das sollte immer mitgedacht werden – ein Verband amerikanischer Industrie ist, darunter Tochterunternehmen und Zweigstellen der meisten europäischen Pharmaunternehmen wie GlaxoSmithKline, Sanofi-Aventis und Bayer.

Die Europäische Kommission ist eine starke Verfechterin dieses Vorhabens. Die perverse Idee ist, einen hochbürokratischen Prozess zu institutionalisieren, bei dem Medikament für Medikament und Land für Land verhandelt werden muss, der nicht im Mindesten die notwendigen Einsparungen berücksichtigt, um das Interesse der Pharmahersteller zu wecken. Ohne die Möglichkeit von attraktiven Märkten für Generika gibt es praktisch keine Chance, Unternehmen dazu zu bringen, sich an einem Exportsystem in großem Umfang zu beteiligen. Und ohne Wettbewerb zwischen verschiedenen Herstellern werden die Preise neuer Arzneimittel statt zu fallen, wie es in 2000 geschah, immer weiter steigen und die Patienten überall auf der Welt müssen die Folgen tragen.

Vor diesem Hintergrund hat das Europäische Parlament in den vergangenen Monaten eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Kommission und dem Rat geführt. Gegenstand der Debatte ist die Zustimmung zur Ratifikation des oben genannten Abkommens in der WTO. Es wird seine Zustimmung nicht geben, ohne vorherige exakte und nachprüfbare Verpflichtungen dieser beiden EU-Organen, die einerseits die Grenzen des in der Deklaration vom 30. August 2003 vorgesehenen Mechanismus anerkennen und andererseits die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern an einer wirklich effizienten Lösung der Probleme im Gesundheitswesen dieser Länder beinhalten.

Diese Haltung des Europaparlaments (oder zumindest der großen Mehrheit der darin vertretenen Fraktionen) steht keineswegs isoliert im Raum. Der Slogan, den sich die internationalen Aktivisten zum Anlass des Welt-Aids-Tags 1. Dezember 2006 gegeben haben, lautet 'Stop Aids. Keep the promise. (Aids stoppen. Versprechen halten.)' und die allgemeine Parole ist 'Accountability' (Verantwortlichkeit).

Die globale Zivilgesellschaft fordert einstimmig, dass die Politik ihrer Verantwortlichkeit nachkommt. Dazu gehört selbstverständlich nicht nur die Frage des Zugangs zu Arzneimitteln, sondern auch die Bereitstellung finanzieller Mittel für Präventionsprogramme, für die Forschung an Impfstoffen und Aids-Medikamenten für Kinder und nicht zu vergessen die Förderung des universellen Zugangs zu medizinischer Grundversorgung, Die Schaffung eines internationalen Generikamarktes, unterstützt von einem neuen Forschungssystem, das an den echten Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist, bleibt ein zentrales Thema. Die Europäische Union kann und muss zu einem Protagonisten in diesem Kampf werden, der, noch vor der politischen Ebene, ein echter und eigener Kampf der Zivilgesellschaft ist.



JACKY HENIN

Europaabgeordneter der Parti Communiste Français, Frankreich

Befreien wir die Landwirtschaft weltweit von der Tyrannei der WTO

Die Doha-Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) wird der europäischen Öffentlichkeit als ein großartiges win-win Geschäft verkauft. Dabei geht es darum, die Öffnung der Agrarmärkte der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten bei gleichzeitig drastischer Einschränkung der Subventionen und der Zollgrenzen gegen die Liberalisierung der Dienstleistungs- und Industriemärkte der Schwellen- und Entwicklungsländer einzutauschen. Dieser „Deal“ – Dienstleistungen gegen Landwirtschaft, beruht auf einer Vorstellung von einer Welt, die sich auf eine neue internationale Aufteilung der Wirtschaftstätigkeiten stützt: Die EU, Japan und die USA übernehmen die Dienstleistungen und die hohen Mehrwert schaffenden Industrien¹, Asien die Rolle der Werkbank der Welt und die restlichen Nationen die Rohstofflieferung und die Landwirtschaft.



Die Europäische Union hätte außerhalb der Nischenproduktion von Luxusnahrungsgütern keine Bedeutung mehr in der Landwirtschaft. Die europäische Landwirtschaft würde so zum Tauschobjekt gegen die allgemeine weltweite Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte. Diese Verhandlungsstrategie der Europäischen Kommission basiert auf dem Credo, der Freihandel sei jederzeit und überall der einzig mögliche Träger des Wohlstands, der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung. Ein derartiger Leitsatz gehört in den Bereich religiöser Vorstellungen, nicht aber in den der politischen Wirtschaft.

All die Freihandelspolitiken im Bereich der Landwirtschaft werden scheinheiligerweise im Namen der Verteidigung der Interessen der Verbraucher und der Bauern vertreten. Tatsächlich sind sie aber bislang ausschließlich den multinationalen Nahrungsmittelkonzernen zugute gekommen – auf Kosten der Einkommen und der Lebensbedingungen der Landwirte des Südens und des Nordens. Die Verbraucher haben praktisch nie vom Rückgang der

1 Die berühmte „Wissengesellschaft“, die in der Lissabon-Strategie gepriesen wird.

Erzeugerpreise profitiert. Sollte die Doha-Runde wie geplant zum Abschluss kommen, würden die meisten europäischen Landwirtschaftsbetriebe verschwinden².

In den am wenigsten entwickelten und den Schwellenländern würde sich Doha dahingehend auswirken, dass die Landwirtschaft in die Hände des Agrobusiness und des lokalen Großbürgertums fiel. Die kleinen und mittleren Landwirte würden von ihrem Boden verjagt. Das würde die Landflucht in Richtung der Elendsviertel der großen Städte der Dritte-Welt-Länder und in Richtung der westlichen Mega-Städte vergrößern. Die Landwirtschaft dieser Länder würde sich dann ausschließlich der Produktion von Monokulturen für den Export widmen. Ihre Ernährungsabhängigkeit stiege an, was sie noch stärker den Strukturanpassungspolitiken des IWF ausliefern würde, welche vorrangig die Kürzung der öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit beinhalten.

Die Boten der Liberalisierung verkünden urbi et orbi, dass dank der Liberalisierung der Märkte Hunderte Millionen Menschen, die zuvor mit einem Dollar pro Tag überleben mussten, heute zwei Dollar zum Leben haben. Solche Statistiken ‚à la Sowjetunion‘ vergessen die immer größer werdenden Bevölkerungsteile in den Slums der großen Metropolen dieses Planeten. Diese Menschen, Opfer der Landflucht³ und schließlich mit dem Status von ‚Illegalen‘ versehen, werden selten mitgezählt. Wenn man die Hauptverlierer in die Berechnungen nicht einbezieht, ist es natürlich leicht, herauszuposaunen, die Armut ginge zurück.

Die Konfrontation in der Frage der Öffnung der Agrarmärkte ist vor allem eine Angelegenheit zwischen den Vertretern des Agrobusiness in Brasilien, in Australien, ... und ihren Ebenbildern in der EU und den USA, die zugleich Wettbewerber und Partner sind. Hat es, betrachtet unter dem Blickwinkel der nachhaltigen Entwicklung und der Bekämpfung des Treibhauseffekts und außerhalb des Strebens nach Profitmaximierung, einen Sinn, in Brester Supermärkten aus China importierte gefrorene Erdbeeren zu verkaufen, anstatt Erdbeeren aus Plougastel? Sicher, die chinesischen Erdbeeren sind billiger, aber zu welchem ökologischen und sozialen Preis?

Landwirtschaft ist nicht nur eine Produktionsmaschinerie, eine Angelegenheit von Angebot und Nachfrage. Die Landwirtschaft, die Landwirte, die ländlichen Regionen spielen eine kulturelle, soziale und ökologische Rolle, die für das Gleichgewicht unseres Planeten notwendig ist und über das Feld

² Einen Geschmack davon bereiteten uns bereits die Folgen des bilateralen Wein-Abkommens zwischen den USA und der EU und die von der WTO auferlegte Zuckermarktreform.

³ Man erinnere sich an die ‚Landlosen‘ in Brasilien.

der Ökonomie weit hinausreicht. Würde zum Beispiel Jamaika die Zuckerrohrproduktion einstellen, versänke die Hälfte dieser Insel in den Fluten des Ozeans.

Europa darf seine Landwirtschaft nicht opfern, um den Appetit der multinationalen Konzerne zu stillen. Es muss Handelsverzerrungen bekämpfen, indem bestimmte Exportsubventionen abgeschafft werden und indem unter Sozial- und Umweltdumpingbedingungen in bestimmten Ländern produzierte Produkte aus Europa ferngehalten werden. Eine weltweite Regulierung, die der Logik der aktuellen Doha-Runde entgegengesetzt wäre, könnte dies bewirken.

Die Garantie von Versorgungssicherheit und Nahrungsmittelqualität muss jeder Unterschrift unter Freihandelsabkommen vorausgehen. Das setzt voraus, dass jeder Nation das Recht auf Ernährungssouveränität zugestanden wird. Erreichbar ist solche Souveränität über Erzeugerpreise, die den Landwirten erlauben, Qualitätsprodukte auf den Markt zu bringen, die den Bedürfnissen der Verbraucher entsprechen. Anstatt exzessiven Wettbewerb



zu organisieren, läge die Hauptverantwortung der EU-Kommission und der Regierungen der Mitgliedstaaten darin, darauf zu achten, dass der Mehrwert gerecht unter den Erzeugern, der Nahrungsmittelindustrie und den Händlern aufgeteilt wird.

Öffentliche Beihilfen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik müssten begrenzt und in Richtung der kleinen und mittleren Betriebe umverteilt und mit den auf nationalstaatlicher Ebene definierten sozialen und territorialen Zielen in Verbindung gebracht werden.

Die europäische Landwirtschaft muss hinsichtlich des Verbrauchs von Wasser, fossilen Energieträgern und umweltschädlichen Chemikalien effizienter werden, indem sie mehr in Forschung und gesellschaftliche Entwicklung investiert, ohne jedoch weniger intensiv zu werden. Denn sie muss produktiv



genug sein, um der Herausforderung der Verdopplung der Nahrungsmittelnachfrage innerhalb der nächsten 40 Jahre gewachsen zu sein, vor die sie durch die demographische Entwicklung und den steigenden Lebensstandard in Asien gestellt wird.

Es geht darum, den Planeten zu ernähren, angefangen mit den 850 Millionen Unterernährten und den zwei Milliarden Schlechtversorgten. Es geht darum, ökonomische und soziale Maßnahmen zu ergreifen, die den sehr unterschiedlichen lokalen und regionalen Gegebenheiten angepasst sind. Es gibt gewaltige Unterschiede zwischen den Landwirtschaften der Welt, zwischen Großbetrieben in Südamerika, kleinen Betrieben in Afrika oder den Kleinstbetrieben in Chinas Küstenregion.

Zu diesem Zweck muss die EU auf globaler Ebene beträchtliche Anstrengungen im Bereich der öffentlichen Förderung von Forschung und der Entwicklung im Bereich der Landwirtschaft und der Ökologie unternehmen. Sie muss jede Form von Ausverkauf dieser Forschung mittels privater Patente zugunsten multinationaler Landwirtschaftskonzerne bekämpfen. In diesem Rahmen darf und muss das Feld der genetisch modifizierten Organismen (GMO) ausschließlich der öffentlichen Forschung überlassen sein, während jede systematisch aufklärungsfeindliche Haltung gegen Genforschung abzulehnen ist.

Auch hinsichtlich der Biokraftstoffe hat die Landwirtschaft eine Rolle zu spielen, um der steigenden Nachfrage nach Erdöl und dem Klimawandel zu begegnen. Dies verlangt nach konsequenten Forschungsanstrengungen, um Produkte zu erhalten, die eine ausgeglichene globale Energiebilanz ermöglichen sowie nach schlagkräftigen politischen Initiativen, die verhindern, dass sich dies negativ auf die Nahrungsmittelversorgung des Planeten auswirkt⁴.

Man kann also nicht über Landwirtschaft sprechen, ohne ein globales Konzept zu haben, das die Bedürfnisse der Menschen in all ihrer Vielfalt berücksichtigt. Landwirtschaftspolitik muss zugleich auch immer Ernährungs-, Gesundheits-, Umwelt- und Landschaftspolitik sein. Sie kann also weder durch internationale Handelspolitik noch durch die WTO bestimmt werden, sondern müsste unter die Verantwortung einer Agentur der Vereinten Nationen gestellt werden.

4 Die derzeitigen Spannungen bei den Getreidepreisen, die auf die Begeisterung für Biokraftstoffe zurückzuführen sind, sind in diesem Zusammenhang beunruhigend.

TOBIAS PFLÜGER
Europaabgeordneter DIE LINKE

„Wir brauchen eine neue Art von Imperialismus ...“

Zu EU-Handelsinteressen und EU-Militarisierung



Seit langem wird offen verhandelt, dass der Wettstreit um Naturressourcen und Energiequellen, zukünftig das wirtschaftliche und militärische Handeln bestimmen wird. Von den Protagonist/inn/en einer Militarisierung der EU Außenpolitik wird offen ausgesprochen, dass es zukünftig einer militärischen Absicherung der „Energiewege“ und der Ressourcengewinnung bedarf.

European Defence Paper

Unter dem Titel „Europäische Verteidigung: Ein Vorschlag für ein Weißbuch“ vom Institute for Security Studies (ISS), dem wichtigsten EU – eigenen Think Tank, präsentierte eine hochrangig besetzte Expertengruppe Einsatzoptionen, zu denen die EU bis 2010 befähigt werden soll. In diesem „European Defence Paper“ heißt es, dass die EU in Zukunft „Expeditionskriegszüge“ für den „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“ führen werden muss. Dabei geht es um die Beförderung westlicher Wirtschaftsinteressen und um die militärische Durchsetzung einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Folgerichtig wird auch die militärische „Verwendbarkeit“ der zur Verfügung stehenden Kapazitäten für diesen „Bedarf“ geprüft, wie NATO-Oberbefehlshaber James Jones es ausdrückte: „Die Frage ist nicht, wie viele Truppen man hat, sondern wie brauchbar sie sind. Daher strukturieren sowohl die USA als auch die europäischen Staaten ihre Armeen um.“¹ Im „European Defence Paper“ wird in aller Offenheit der Zusammenhang zwischen europäischer Interessensdurchsetzung und militärischen Einsatzoptionen benannt. Und auch im verabschiedeten Weißbuch der Bundesregierung wird im Abschnitt „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ dezidiert auf die globalen Herausforderungen im „Wettstreit um Naturressourcen“ und „Energieab-

1 Dieses Zitat wie alle weiteren aus Wagner, Jürgen: Neoliberale Geopolitik, Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung: <http://www.ippnw.de/stepone/data/downloads/30/00/00/Juergen%20Wagner,%20IMI.pdf> bzw. aus Wagner, Jürgen: Die Blaupause für Europas Kriege der Zukunft: Das European Defence Paper: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse-2004-038/WDefencePaper.pdf>

hängigkeit“ hingewiesen. Dabei wird versucht, die Durchsetzung westlicher Ordnungsvorstellungen, in letzter Konsequenz nackte Profitinteressen, als „sicherheitspolitischen Imperativ“ umzuinterpretieren. Dieser Imperativ wird aus einer verqueren, aber Kapitalinteressen äußerst dienlichen Sicherheits- und Bedrohungsanalyse abgeleitet, die sowohl in den USA, aber auch in Europa den Strategiediskurs dominiert: Ohne die gewaltsame Verbreitung des neoliberalen Weltwirtschaftsmodells – so das derzeit vorherrschende strategische Credo – sei staatliche Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr zu gewährleisten.

Zum Beispiel Afrika

Die durch diese Politik verursachte Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung, zum Beispiel in Afrika, stellt zugleich den bei weitem einflussreichsten Risikofaktor für die Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt dar. Anders als oft postuliert, besteht aber keinerlei Interesse, den konfliktverschärfenden Charakter dieses „Systems“ anzuerkennen und seine Legitimität grundsätzlich in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil, dieser „Logik“ folgend nehmen militärische Interventionen zur „Stabilitätssicherung“ zu. Globalisierung wird inzwischen von vielen als zwangsläufiger Prozess internationaler Verflechtung angesehen und ist zum „Durchsetzungsschlagwort“ geworden, gerade wenn es um Liberalisierung und Abbau von Arbeitnehmer/inn/enrechten geht. Tatsächlich geht es um die gezielte politische Umsetzung einer Strategie, die auf eine maximale Durchsetzung der Marktkräfte



setzt und damit nur als neoliberale Globalisierung oder ganz einfach Kapitalismus zu beschreiben ist. Als Instrumente fungieren dabei Privatisierung, Deregulierung, Abbau staatlicher Sozialleistungen, Öffnung der Märkte bzw. Freihandel, die von den westlich dominierten Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO durchgesetzt werden.

Ein neuer Imperialismus?

Trotz der offensichtlich katastrophalen Verarmung, die die neoliberale Politik in der Dritten Welt verursacht hat, propagieren Strategen wie Robert Cooper, ehemaliger Sicherheitsberater von Tony Blair und jetzt Generaldirektor für außenpolitische Angelegenheiten der EU eine außenpolitische Strategie, die sich nur folgendermaßen zusammenfassen lässt: Ausbeutung ist die beste Sicherheitspolitik. Folgt man dieser Logik, nimmt man bewusst fortgesetztes Leid und Elend in der „Dritten Welt“ in Kauf. Cooper hatte bereits während des NATO-Angriffskriegs gegen Jugoslawien durch die Forderung nach einem „neuen Imperialismus“ von sich reden gemacht: „Wir brauchen eine neue Art von Imperialismus, einen Imperialismus, der mit den Menschenrechten und den kosmopolitischen Werten kompatibel ist: ein Imperialismus, der sich zum Ziel setzt, Ordnung und Organisation zu bringen“, so Coopers Credo. Dazu passt, dass ein solches Modell auch noch in den EU-Verträgen festgeschrieben werden soll. Im EU-Verfassungsvertrag, dessen Substanz im EU-Reformvertrag, wenn es nach den Staats- und Regierungschefs der EU geht, erhalten bleibt, wurde neben der verfassungsvertraglichen Fixierung der EU-Militarisierung und einer Pflicht zur Aufrüstung für die EU-Mitgliedstaaten, auch ein Modell der weltweiten Interessendurchsetzung fixiert. So heißt es im Verfassungsvertrag unter dem Rubrik „Die Ziele der Union“: „In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen“. (I-3)

Die Sicherheit der Eigentumsrechte

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende und Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens AG Heinrich von Pierer benannte diesen Zusammenhang in einem Vortrag vor dem UNO-Sicherheitsrat, mit dem bezeichnenden Titel die „Rolle der Wirtschaft in Konfliktverhinderung und Friedenserhaltung“ recht offen: „Die unter der Führung der internationalen Wirtschaftsinstitutionen vorangetriebene ‚Globalisierung‘ hat dem Finanzkapital neue Horizonte eröffnet, doch macht sie auch den Schutz und die Sicherheit der ‚Eigentumsrechte‘ auf natürliche Ressourcen, auf Land, aber auch der Finanztitel (Aktien, Obligationen, Schuldtitel) notwendig.“ Dies verbirgt sich nicht selten hinter dem Diktum der „gescheiterten Staaten“ (failed States), denen mittels westlicher Militärinterventionen „Stabilität“ und „Demokratie“ gebracht werden müsse. Die „Österreichische Militärische Zeitschrift“ fasste die Aussagen von von Pierer folgendermaßen zusammen: „Die Wirtschaft könne nur im Kiel-



wasser der Politik schwimmen, Investitionen seien nur möglich, nachdem die Sicherheit gewährleistet ist und die Politik die Rahmenbedingungen geschaffen habe, führte er aus. Die Entwicklung des europäischen Krisenmanagements zeige, dass diese Rahmenbedingungen zumeist durch militärische Operationen zu schaffen waren, in deren Gefolge wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen – zunächst über das Instrument der CIVIC (Civil-Military Cooperation) – erst ermöglicht wurden.“ Die Fähigkeit militärisch für Stabilität zu garantieren ist demzufolge eine Grundvoraussetzung für die Realisierung von Handels- und Profitinteressen.

Gescheiterte Staaten

Die neoliberale Umarmung der „Dritten Welt“ geht mit dem militärischen „Schutz“ von Interessen einher. Dass Staaten, die sich nicht an die neoliberalen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemaßregelt werden, findet sich auch in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS): „Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt.“ Diese Sätze sind als eindeutige Drohungen an all jene Länder zu verstehen, die dem Enthusiasmus für den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“ (Cooper) aus verständlichen Gründen nicht teilen. Mit dieser militärischen Drohkulisse soll es integrationsunwilligen Ländern nahe gelegt werden, sich an die Spielregeln der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung zu halten. Falls jedoch die von internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank erzeugten Strukturen informeller Herrschaft – Stichwort Strukturanpassungsprogramme – auf so großen Widerstand stoßen oder so erhebliche Armutskonflikte verursacht haben, dass die Legitimität des Gesamtsystems gefährdet ist, wird zum direkten Gewalteinsetz gegriffen.

Alternativen

Bei der Entwicklung von Alternativen muss es um die Förderung friedlicher Konfliktbearbeitung und -lösung und Konfliktprävention und ebenso um die Verteidigung des Völkerrechts gegen so genannte humanitäre Militärinterventionen gehen. Der neoliberalen Globalisierung muss ein globales kooperatives Zusammenwirken auf der Grundlage gemeinsamer Interessen gegenübergestellt werden. Die Militarisierung der EU-Handelspolitik der EU muss beendet werden. Ein neuer Imperialismus, so wie er von Robert Cooper propagiert wird, darf keine Zukunft haben.



GABI ZIMMER

Europaabgeordnete DIE LINKE

Rohstoffpolitik und EU-Außenhandel

Rohstoffe stellen mehr als ein Drittel aller Güter im Welthandel. Ob sie nun nachwachsen können, wie die pflanzlichen Rohstoffe oder ob sie in begrenzten Mengen vorhanden sind, wie Industriemetalle oder Rohöl, sie stehen im Zentrum des wirtschaftlichen Wettbewerbs und bilden die Basis der ökonomischen Aktivität aller Volkswirtschaften.

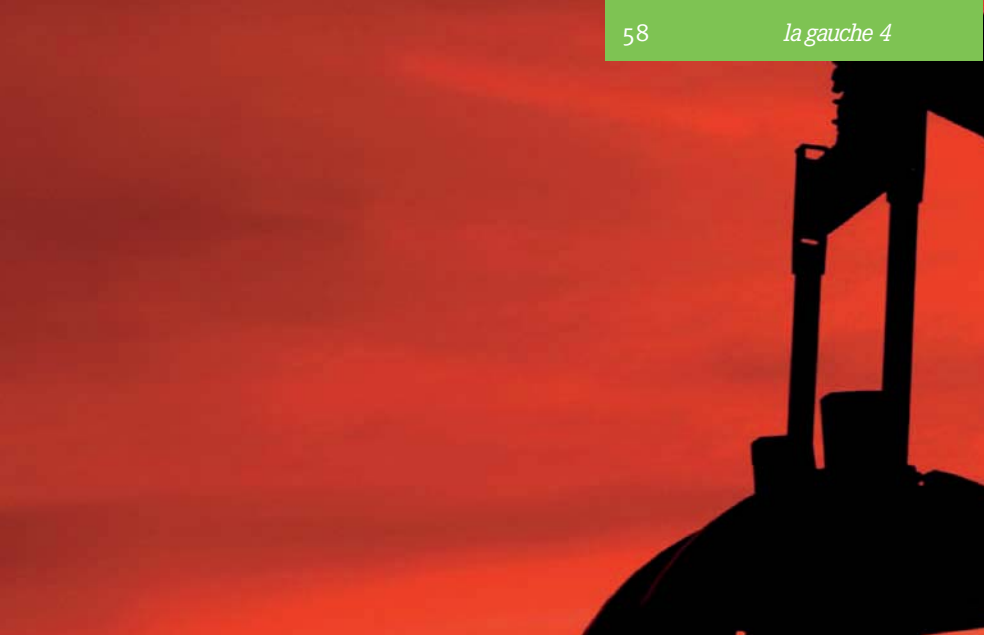


Zwischen den großen Wirtschaftsräumen Europäische Union, Nordamerika und zunehmend China, Brasilien, Indien und Russland ist ein mit immer härteren Bandagen geführter Kampf um die globalen Rohstoffreserven entbrannt. In ihrer Handelsstrategie „Global Europe“ bringt sich die EU-Kommission durch ihre künftige Außenhandelspolitik in Stellung:

„Europa muss mehr denn je einführen, um ausführen zu können. Die Beschränkungen bei der Versorgung mit Ressourcen wie Energie, Metall und Schrott, Primärrohstoffen einschließlich bestimmter Agrarerzeugnisse, Häuten und Fellen müssen dringend aufgehoben werden. Die Schritte, die einige unserer größten Handelspartner unternommen haben, um den Zugang zu ihren diesbezüglichen Vorräten zu beschränken, stellen einige Wirtschaftszweige der EU vor große Probleme. Zugangsbeschränkungen für solche Ressourcen sollten beseitigt werden, soweit sie nicht aus Sicherheitsgründen oder aus Gründen des Umweltschutzes gerechtfertigt sind.“

Für viele der industriell verarbeiteten Rohstoffe ist der aktuelle Preisanstieg (noch) nicht in einem Versiegen der Lagerstätten oder der zusätzlichen Nachfrage aus China begründet, sondern in den Handelsstrukturen für Rohstoffe, insbesondere im Handel mit Rohstoffderivaten. Eine entscheidende Stellenschraube ist dabei die für bestimmte Produkte kartellhafte Kontrolle über Anlagen zur Weiterverarbeitung und die Steuerung ihrer Kapazitäten (zum Beispiel, Benzinraffinerien).

Mit Rohstoffhandel lässt sich viel Geld verdienen. Das umsatzstärkste Unternehmen mit Sitz in der Schweiz ist nicht Nestlé, sondern der Gigant im Rohstoffhandel Glencore. Über 100 Milliarden Dollar Jahresumsatz werden von nur 2000 Mitarbeitern gestemmt. Das Hauptquartier von Glencore liegt am Rande des Schweizer Städtchens Zug. Wie auch das des Schwesterun-



ternehmens Xstrata, Besitzer unter anderem des größten Kohletagebaus der Welt in Kolumbien. Und auch 3 der 4 größten Kaffeehändler der Welt sitzen in Zug. Aus Zug fließen 10 Prozent der direkten Bundessteuern von juristischen Personen der Schweiz. Für den Wohlstand von Zug arbeiten weltweit Hunderttausende von Bergmännern und Bauern.¹

Die Summe von 100 Milliarden Dollar ist erheblich mehr als das Bruttoinlandsprodukt der meisten Länder, aus deren Boden die Rohstoffe gewonnen werden, mit denen Glencore reich wird. Bolivien zum Beispiel erwirtschaftete 2006 ein BIP von 10,8 Milliarden Dollar. In jenem Jahr wurden aus dem Land Rohstoffe im Wert von 1 Milliarde Dollar exportiert. Doch laut Finanzminister Dalence resultierten daraus für den Staatshaushalt lediglich 45 Millionen Dollar an Steuereinnahmen.

Die Regierung Morales sollte und wollte etwas ändern am Missverhältnis von Rohstoffreichtum des Landes und tatsächlich im Staatshaushalt und bei der Bevölkerung ankommenden Gewinnen. Sie kündigte daher in vielen Sektoren die alten Verträge und schrieb sie zu neuen Bedingungen wieder aus. Um den dadurch ausgelösten lauten internationalen Protesten zu begegnen, machte sich Präsident Morales sogar die Mühe und folgte auf Initiative der GUE/NGL einer Einladung des Europaparlaments, um am 15. Mai 2006 vor den Europaabgeordneten zu sprechen und seine Politik zu erläutern. Bei

1 Susanne Boos: „Die Stadt, wo Öl und Kaffee fließen“, Artikel erschienen in WOZ, 08.02.2007



dieser Gelegenheit beschämten große Teile der konservativen Fraktion EVP die Institution, indem sie unter Rufen wie „Unternehmensenteignungen sind Menschenrechtsverletzungen“ unter Protest den Saal verließ und damit ausdrückte, dass sie den Investoren näher steht als der von bolivianischen Bevölkerung demokratisch gewählten Politik.

Viel Lärm um nichts, so könnte man die Analyse von Manfred Wiebelt vom Kieler Institut für Weltwirtschaft zusammenfassen. Es handelte sich nicht um eine Verstaatlichung oder gar Enteignung, sondern um eine Neuordnung des Konzessionsrechts. Ausländische Förderunternehmen für Gas und Öl müssen ihre Geschäfte nun über die staatliche Gesellschaft YBPF abwickeln. Sie dürfen nur noch 18 Prozent ihrer Fördererlöse mitnehmen (bisher waren es 50%). Struktur und Bedingungen sind damit fast identisch mit den Regelungen Norwegens. Bereits im Dezember 2006 waren alle Verträge neu unterzeichnet. Laut Wiebelt mache ein Unternehmen nach den neuen Konditionen für jeden investierten Dollar immer noch 10 Dollar Gewinn. Er hält die Politik von Evo Morales für sinnvoll.²

Auch im Minensektor machte sich die Regierung Morales an die Neuordnung der Vertragsverhältnisse. Und hier begegnen wir wieder Glencore. Die Schweizer waren 2005 in das Bolivien-Geschäft eingestiegen und hatten dem Ex-Präsidenten Sánchez de Lozada dessen während seiner Amtszeit

² gegenüber Deutsche Welle im Beitrag „Morales gibt Gas“, gesendet am 03.05.2006

aufgebautes Bergbauunternehmen Comsur für 220 Millionen abgekauft. Nach dem Wahlsieg von Evo Morales und der MAS (Movimiento al Socialismo) setzte sich der Ex-Präsident in die USA ab. Er wird heute von Bolivien steckbrieflich gesucht.

Glencore will gegen die neue Rohstoffpolitik der Regierung Morales nun das Schweizer Recht mobilisieren. Denn das 1991 ratifizierte bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen Bolivien und der Schweiz sieht strikte Bedingungen im Fall einer Verstaatlichung vor. Tatsächlich trat der Schweizer Chargé d'Affaires in La Paz, Jacques Gremaud, inzwischen offiziell mit der Forderung nach Kompensationszahlungen für Glencore an die Regierung Morales heran.



Investitionsschutzabkommen sind auf bilateraler Ebene eine Methode, mit der Regierungen der Niederlassungsländer reicher Konzerne diesen eine Ertragsgarantie für ihre Investitionen in anderen Teilen der Welt sichern wollen. Um noch größere Sicherheit vor den etwaigen Folgen eines Regierungswechsels zu erreichen, bemühten sich die Lobbyisten größter Konzerne in den 90er Jahren, durch die Installation des MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) den Investitionsschutz zu einem nationalen Recht übersteigenden Weltregime zu erheben. Das Anliegen scheiterte dank einer starken globalen Protestbewegung und letztlich an der Verweigerung der französischen Regierung, die sich nicht das Recht auf eine eigene positiv-diskriminierende Kulturförderung nehmen lassen wollte.

Die Europäische Kommission nimmt mit ihrer Außenhandelsstrategie den Investitionsschutz-Hammer nun wieder in die Hand. Derzeit verhandelt sie mit den ehemaligen europäischen Kolonien, den Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP), über 6 regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. In diesen sollen ungehinderter Marktzugang und der Investitionsschutz als ehernes Handelsgesetz fest verankert werden. Für Verstöße sind Sanktionsmechanismen vorgesehen. Eine Emanzipation rohstoffreicher Staaten nach dem Beispiel Boliviens soll so verhindert werden.

Diese Politik ist unklug, imperial und anachronistisch zugleich. Wir kennen aus der Vergangenheit bereits zu viele Fälle, bei denen durch Zwang eine selbstbestimmte Wirtschaftspolitik einzelner Länder verhindert wurde. Als 1972 der Sozialist Michael Manley in Jamaika demokratisch an die Regierung gewählt wurde und die von amerikanischen und kanadischen Firmen ausgebeuteten Bauxitvorkommen (Aluminium) staatlicher Kontrolle unterstellte, intervenierte die CIA ganz offen und inszenierte seinen Sturz. Wiederholt wurde in der Vergangenheit das Instrumentarium des IWF mobilisiert, um Länder, die einen eigenständigen Entwicklungsweg gehen wollten, auf dem internationalen Kapitalmarkt zu isolieren und systematisch in die Pleite zu treiben. Von Protesten europäischer Regierungen gegen ein solches Vorgehen ist nichts bekannt.

Heute versucht EU-Handelskommissar Mandelson trickreich, sich für die Durchsetzung der Außenhandelsinteressen der EU das positive Image der Entwicklungskooperation zunutze zu machen. Er kapert das entwicklungspolitische Konzept der „good governance“, um erneut strukturelle Zwänge auf die Entwicklungsländer auszuüben. Umgeben und getarnt von unstrittigen Parametern wie Korruptionsbekämpfung und der Stärkung demokratischer Institutionen sollen radikale Marktöffnung und Investitionsschutz ebenfalls zu Attributen guter Regierungsführung erhoben werden. Zu Recht polemisierte Ugandas Präsident Museveni, dass man das Verschleudern von

Rohstoffen doch wohl als „schlechte Regierungsführung“ bezeichnen müsse. Wenn die EU-Kommission lediglich den Zugang europäischer Unternehmen zu den Rohstoffreserven sichern oder gar erzwingen will, verstetigt sie damit die Armut in den Rohstoffländern. Was diese Länder brauchen, ist die Ansiedlung verarbeitender Industrie.

Eine interessante und optimistisch stimmende Entwicklung ist, dass mit der EU um Rohstoffe konkurrierende Unternehmen aus aufstrebenden Wirtschaftsnationen den Rohstoffländern diese Chance nun bieten.

In Bolivien erhielt der indische Konzern „Jindall Steel and Power“ in diesem Jahr den Zuschlag für das neu ausgeschriebene Eisenerzprojekt Mutún. Die Inder setzten sich gegen die europäische Konkurrenz durch, weil sie sich verpflichteten, nicht nur das Eisenerz aus der Mine abzubauen, sondern auch ein Stahlwerk zu errichten.

In Guinea gewann der russische Konzern Rusal den Wettstreit um den Bauxit-Abbau, da Rusal auch die Verhüttung zu Aluminium im Land garantierte. Dadurch allein bleibt bereits ein erheblich höherer Anteil am Gewinn aus den Bauxit-Vorkommen im Land. Darüber hinaus hat Rusal erheblich in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Das Werkskrankenhaus und die von Rusal erbaute Schule stehen nicht nur den Familien der 1100 Beschäftigten, sondern der ganzen Bevölkerung der umliegenden Region offen.³

Wenn europäische Unternehmen und die ihre Interessen vertretende Außenhandelsstrategie der Europäischen Kommission auf Ausbeutung statt auf Kooperation und Förderung setzen, werden sie den Kampf mit den neuen Konkurrenten also verlieren. Denn diese Konkurrenzsituation wird sich nicht abschwächen. Marketingstrategen projizieren über die globalen Massenmedien ihre Vorgaben für Wohlstandsziele inzwischen erfolgreich in die ganze Welt. Die Menschen in Brasilien, Russland, Indien und China wollen am Wohlstand beteiligt sein. Daran messen sie den Erfolg ihrer Regierungen. Mit gezielter Unterstützung der Politik sind in diesen sehr bevölkerungsreichen

3 Die Analyse von Fehlern und Erfolgen in der Rohstoffpolitik heutiger Lieferantenländer kann auch für die Bundesrepublik wichtige Erkenntnisse bringen. Durch die gestiegene Nachfrage auf dem Weltmarkt für bestimmte Rohstoffe wie Kupfer, Kalisalze oder Wolfram werden auch die brach liegenden Lagerstätten in Ostdeutschland trotz höherer Förderkosten wieder interessant. So hofft die Lausitz bereits auf einen Kupferboom für die arme Region. In Spremberg erhielt nun jedoch der Konzern Minera beim Kupferabbau den Zuschlag. Minera hat seinen Sitz in Panama. Aufgebaut wurde Minera von Boliviens Ex-Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada, der sich mit seinem Unternehmen seine eigene Privatisierungspolitik zunutze machte, Zink und andere Rohstoffe seines Landes ausbeutete und einen enormen Reichtum anhäufte, bis sein Treiben durch Wahlen beendet wurde. Was in Bolivien nicht mehr erlaubt ist, kommt nun auf Spremberg zu. Der Gewinn wird abgeschöpft. Arbeitsplätze entstehen nur in geringer Zahl, denn Minera stellte bereits klar, dass die Verhüttung des Kupfers nicht vor Ort erfolgen wird.



Ländern über die letzten Jahre Konzernstrukturen entstanden, die im globalen Wettkampf um Kapitalakkumulation gegenüber der alten Welt absolut konkurrenzfähig sind und ihre Position noch ausbauen werden – unter anderem durch ihr klügeres Agieren in Entwicklungsländern.

Eine intelligente Außenhandelsstrategie der EU müsste daher entwicklungspolitischen Zielstellungen untergeordnet sein. Die EU wäre gut beraten, den Aufbau eines staatlichen Rohstoffmanagements wie durch die bolivianische YBPF auch in afrikanischen Ländern zu unterstützen. Dadurch entstünden überhaupt erst die Voraussetzungen, um die Arbeitsbedingungen in den Minen zu beeinflussen und zum Beispiel die Kinderarbeit im Coltan-Abbau in Kongo oder den Einsatz höchst umweltschädlicher Abbaumethoden zu beenden. Nicht nur an Diamanten klebt Blut. Die positiven Erfahrungen aus dem Kimberley-Prozess müssen auf andere Rohstoffe ausgeweitet werden.

Des Weiteren sollte die Europäische Union auch mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank und der African Development Bank die Ansiedlung weiterverarbeitender Industrie in den Rohstoffländern gezielt fördern. Dadurch bliebe schlicht mehr Geld in diesen Ländern und höhere Einkommen für die Menschen würden ermöglicht - eine Grundbedingung für würdige Arbeit und die Abschaffung der Armut. Die Zuführung von Kapital in lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe ist mittelfristig auch die Voraussetzung für die Ausbildung neuer Absatzmärkte für europäische Produkte. Im Gegensatz zur

bisherigen europäischen Methode sollten daher Aufträge für den notwendigen Ausbau von Infrastruktur bewusst an inländische Unternehmen vergeben werden und im Gegensatz zur chinesischen Methode sollten für die dabei anstehende Lohnarbeit inländischen Arbeitskräfte angestellt werden – und zwar zu gehobenen Löhnen.

Gleichzeitig könnte die EU durch gezielte Förderung dazu beitragen, durch Technologietransfer die entstehende Emissionsbelastung aus den neuen Anlagen zu reduzieren und damit tatsächlich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den derzeit von den Konkurrenten errichteten Anlagen wirksam werden lassen.



Unkontrolliertes industrielles Wachstum bedroht nachwachsende Rohstoffe und Ernährungssicherheit

Nach Jahrzehnten der Warnungen ist es inzwischen endlich zum anerkannten Fakt geworden, dass unsere Form des Wirtschaftens und der industriellen Produktion die Klimaerwärmung erzeugt und die überlebenswichtige Gewinnung nachwachsender Rohstoffe gefährdet – und damit das Überleben von Millionen von Menschen selbst.

Die aus dem Klimawandel bei gleichzeitigem Bevölkerungsanstieg resultierende Verknappung der Ressourcen Wasser und landwirtschaftlich nutzbarer Böden führt bereits heute zu lokalen Verteilungskriegen.

Während für die Menschen in der Europäischen Union diese Entwicklung in einem Anstieg der Preise für Grundnahrungsmitteln spürbar wird, bedeutet die Veränderung auf dem afrikanischen Kontinent, in Südasien und in weiteren Abflussgebieten des Himalaja den Verlust des Zugangs zu trinkbarem Wasser für zusätzliche 250 Millionen Menschen. Kaum vorstellbar, was aus dem daraus resultierenden Migrationsdruck auf die Metropolen und Siedlungszentren der Entwicklungsländer für Konflikte entstehen werden. Da selbst im Falle einer radikalen Umsteuerung der industriellen Produktion und des Energieverbrauchs die Katastrophe nicht mehr verhindert, sondern nur noch abgemildert werden kann, bedarf es im Grunde bereits heute einer grenzüberschreitenden Migrationsplanung, in der sich betroffene Nationen auf die Erschließung und Organisation neuer gemeinsamer Siedlungsgebiete einigen, um Kriege noch zu verhindern.

Die Außenhandelspolitik der Europäischen Union hingegen tut sich nach wie vor extrem schwer, auf die drohende Gefahr zu reagieren. Im Gegenteil: die Subventionierung der Exporte von Agrarprodukten aus der EU geschieht weiterhin. Verschlimmert durch eine ebensolche Politik der USA liegen in der Folge in vielen anderen Teilen der Welt die Produktionskosten der Landwirte über dem Dumpingpreis der EU- und US-Produkte. Sie geben auf. Heimische Flächen werden nicht mehr erschlossen. Wichtiges Potential zur Nahrungsmittelproduktion entfällt. So führt unfaire Handel künstlich zu einer Verödung von Flächen. Der Anstieg des Meeresspiegels und die damit einhergehende Versalzung heute noch fruchtbarer Anbaugelände in der Umgebung von Flussmündungen (besonders betroffen ist Bangladesch) vernichten weitere für die Nahrungsmittelproduktion verfügbare Flächen.

Alternativ widmen Landwirte ihre Flächen wieder verstärkt dem Anbau so genannter Cash Crops für den Export. Traditionell waren dies zum Beispiel Kaffee, Kakao und Bananen. Verheerende Folgen dürfte auch die jüngste Reaktion der EU auf den Klimawandel mit sich bringen. Rat und Kommis-

sion haben beschlossen, eine Energieaußenpolitik zu betreiben und mit der Handelspolitik zu verflechten. So will die EU den Import von Biokraftstoffprodukten massiv ausbauen. Für die verfügbaren Flächen bedeutet dies die Konkurrenz von Ernährungsproduktion mit Kraftstoffproduktion.⁴ Die Aussicht auf schnelles Geld aus Kraftstoffproduktion bedroht das Klima außerdem zusätzlich durch die Brandrodung von heute bewaldeten Flächen (insbesondere in Indonesien und Brasilien).

Die Struktur des Welthandels inklusive der Außenhandelspolitik der Europäischen Union erweist sich damit als ursächlich für den Hungertod von bereits heute mehr als 100.000 Menschen pro Tag bei steigender Tendenz.⁵ Der Profit aus dieser Katastrophe sammelt sich in keiner Staatskasse, sondern fließt direkt in Konzerne überwiegend in den USA, Europa und Brasilien. Regierungen sind es jedoch, die die entsprechenden Abkommen zur vermeintlichen Liberalisierung der Handelsbeziehungen abgeschlossen und mit ihrem politischen Willen die von den Konzernen benötigten Rahmenbedingungen geschaffen haben.

Eine auf die Bekämpfung von Armut, Hunger, Umweltschäden und Raubbau gerichtete EU-Außenhandelspolitik muss andere Ziele und Prioritäten setzen. So geht es um die weltweite Schaffung von Ernährungssicherheit. Dazu gilt es, durch den Umbau der Welternährungsorganisation (FAO) ein in der UNO angesiedeltes Welternährungsregime aufzubauen, dem es gelingt, in ausreichendem Maße globale Produktion und die Versorgung in den kommenden Katastrophenfällen sicherzustellen. Über dieses Regime wäre sowohl die Bildung von Reserven zu organisieren, als auch die Verwaltung eines Fonds zur Abnahme lokal produzierter Güter.

Bestehende multi- und bilaterale Handels- und Partnerschaftsabkommen sind so umzuformulieren, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Diensten zur Gewährleistung international bereits vereinbarter individueller und sozialer Menschenrechte zum übergeordneten Ziel der wirtschaftlichen Aktivität erhoben wird.

Nicht zuletzt sind auch die Forderungen nach Wiederherstellung lokaler Ernährungssouveränität, die von kleinbäuerlichen Vereinigungen wie Via Campesina erhoben werden, geeignet, zur Versorgungssicherheit entscheidend beizutragen.

4 Seit in den USA Mais zunehmend in den Tank statt auf den Teller gelangt, hat sich der Weltmarktpreis für Mais extrem erhöht. In Mexiko hat sich dadurch Preis für das Grundnahrungsmittel Mais-Fladenbrot mehr als verdoppelt und 40 Millionen Menschen können sich ihr täglich Brot nicht mehr leisten.

5 vgl. Bericht des UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, vor der UNO-Vollversammlung



GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion - EUROPÄISCHES PARLAMENT

Herausgegeben von der Delegation der LINKEN in
der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

Rue Wiertz | ASP 6F 353 | B-1047 Brüssel | Belgien
www.dielinke-europa.eu | V.i.S.d.P. Gabriele Zimmer
Redaktionsschluss September 2007

Bildnachweis: istockphoto.com (8), photocase.com (7), Jim Lawrence (1), Europäisches Parlament (3),
Johannes Plotzki (1), Bernd Schneider (1), Cornelia Hildebrandt (2), Peter Fuchs (11),
DFC/Gemeinsam für Afrika (3), ND/Burkhard Lange (1)
Satz und Druck: Mediaservice GmbH | Auflage: 20.000

„Die in den jeweiligen Beiträgen wiedergegebenen Meinungen und Einschätzungen sind Ansichten der
jeweiligen Autoren. Dass unterschiedliche Ansichten und Positionen zu komplizierten Fragestellungen
kritisch und kontrovers diskutiert werden, sollte für eine pluralistische Linke außer Frage stehen.“



GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion EUROPÄISCHES PARLAMENT

www.dielinke-europa.eu

